Nr. 212. 19. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1902 unter Nr. 7878. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 11. September 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Französische Gewerbe-Inspektion 1901.

Paris, 7. September. (Eig. Ber.)

Erst dieser Tage — mit der üblichen Verspätung — hat die Obere Arbeitskommission ihren Gesamtbericht über die Gewerbe-Inspektion für 1901, eine auszugsweise Zusammenfassung der Einzelberichte, veröffentlicht.

Das Hauptinteresse dieses Berichts liegt in der Anwendung der Novelle Millerand-Colliard vom 30. März 1900 über die Verkürzung der Arbeitszeit in den gemischten Betrieben. Im Berichtsjahre handelte es sich um die erste Verkürzung bezw. Vereinheitlichung der Arbeitszeit für Männer, Frauen und Kinder auf 11 Stunden. Die zweite Verkürzungsetappe von 10½ Stunden trat erst am 1. April 1902 ein.

Der Bericht beginnt mit der allgemeinen Versicherung, daß die Durchführung jener Novelle, wie der Schutzgesetze überhaupt, in methodischer Weise fortschreite, wodurch die zweitere Verkürzung der Arbeitszeit in den gemischten Betrieben angebahnt worden sei. Doch die detaillierten Angaben des Berichts lassen diese Versicherung allzu schönfärberisch erscheinen.

Schon die Schutzbestimmung von 1892 über das Zulassungsalter der Kinder (13 Jahre und — im Fall des Besitzes eines Primarschul- und eines ärztlichen Gesundheitszeugnisses — 12 Jahre) wird noch immer mangelhaft durchgeführt, und zwar ganz besonders in den so schädlichen Glashütten. 1901 wurden 1019 bezügliche Ueberschreitungen konstatiert gegen 783 im Vorjahre. In den Glashütten hat sich die Zahl der konstatierten Ueberschreitungen verdoppelt. Der Bericht spricht dabei mit erfreulicher Derbheit, die sich der deutsche Inspektionsbericht zum Beispiel nehmen sollte, von einer „wahren Revolte gegen das Gesetz" und „betont wieder einmal die Notwendigkeit, einer solchen Handlungsweise, die für die Gesundheit und die Entwicklung der minderjährigen Arbeiter gleich gefährlich ist, ein Ende zu setzen . . ." Der Mittelpunkt jener unternehmerlichen „Revolte" ist Nordfrankreich. Der Divisionsinspektor von Lille berichtet über Tricks der Glashüttenbesitzer, die die widergesetzlich beschäftigten Kinder so geschickt vor der Ankunft des Inspektors zu verstecken wußten, daß die Aufsichtsbehörde lange genug an die Beseitigung des Mißstandes glaubte. Erst eine ganz außerordentliche Inanspruchnahme der Inspektionskräfte hat zur Aufdeckung des Betruges geführt. Es stellte sich heraus, daß in gewissen Glashütten über 50 Proz. des Personals Kinder von 9—12 Jahren waren, darunter sogar zahlreiche Mädchen. Sodann wird das erwähnte ärztliche Gesundheitszeugnis von den meisten Aerzten mit einer „bedauernswerten Leichtigkeit" ausgestellt.

Was die Verkürzung der Arbeitszeit betrifft, so findet man im Bericht manche Durchlöcherung oder Umgehung des Gesetzes verzeichnet.

Für die wichtigsten Durchlöcherungen hat das Kassationsgericht durch zwei Entscheidungen gesorgt. Die Entscheidung vom 30. November 1901 legt die Worte der Millerandschen Novelle: „dieselben Lokale" (in denen Männer, Frauen und Kinder arbeiten) in buchstäblichem Sinne aus, im Sinne einer und derselben Arbeitsstube, trotz der offenkundigen Absicht des Gesetzgebers, sämtliche Arbeitsräume eines und desselben Betriebes zu umfassen. Die Unternehmer haben nun einfach, wo es nur technisch anging, die Männer durch eine Zimmerwand von den Frauen und Kindern getrennt, um dem Begriff des „gemischten Betriebes" zu entgehen und die sonst unter den Zwölfstunden-Gesetz von 1848 stehenden Männer von der Schutzbestimmung der Novelle auszuschließen. Der Bericht bemerkt hierüber: „Durch diese Rechtsprechung wird die Ueberwachung seitens der Gewerbe-Inspektion nicht erleichtert und sind in Zukunft zahlreiche Beirügereien zu befürchten." Die zweite Kassationsentscheidung (28. Dezember 1901) bestimmt, daß die in der Novelle vorgeschriebene Gleichzeitigkeit des Beginnens und des Aufhörens der Arbeit und der Ruhepausen sich nur auf die Kinder und Frauen bezieht. Dadurch ist das berüchtigte Relaissystem (Schichtwechsel) für Männer auch in den gemischten Betrieben wieder ermöglicht und die Gewerbe-Aufsicht „sehr erschwert" worden.

Für die Frauen und Kinder ist die Vereinheitlichung des Beginnens und des Aufhörens der Arbeit und der Ruhepausen „ohne große Schwierigkeiten" erlangt worden. Dabei haben die Dauer und die Zahl der Ruhepausen „fast überall" abgenommen. Die Folge davon ist also, daß die Dauer der Anwesenheit der Arbeiter in den Werkstätten sich verkürzt hat.

Ferner wird die Novelle nach Möglichkeit illusorisch gemacht durch die Entlassung von Frauen und Kindern in den Betrieben, die zur Not mit Männerarbeit allein auskommen können. So besonders im Baugewerbe und in der Maschinenbau-Industrie, sodann in der Buchdruckerei, in der Schlosserei, im Verpackungsgewerbe, in der Brauerei, in der Papierfabrikation und der Färberei. Im allgemeinen jedoch konstatiert der Bericht, daß die Entlassung von Frauen und Kindern eine vereinzelte Erscheinung geblieben und sich fast ausschließlich auf die kleine Industrie beschränkt. So ist in den der Gewerbe-Aufsicht unterstellten Betrieben (bei gleichzeitiger Zunahme des Gesamtpersonals) der Prozentsatz der Knaben im Berichtsjahre gegenüber 1900 von 8,5 auf 8,6, der Prozentsatz der Mädchen von 7,8 auf 8,2 gestiegen. Der Bericht giebt freilich nicht an, wie es um den Prozentsatz der Minderjährigen und Frauen speziell in den gemischten Betrieben steht. Erst diese Angabe könnte Klarheit schaffen.

Ein weiteres, ungleich wirksameres Mittel, das Schutzgesetz zu umgehen, ist die immer zunehmende Verwandlung der Fabrikbetriebe in hausindustrielle Betriebe. Diese Erscheinung wird übereinstimmend von allen Divisions-Inspektoren verzeichnet, insbesondere natürlich für die Bekleidungs-Industrie und die Schuhfabriken. Für die Hausindustrie gelten ja lediglich einige sanitärische Schutzbestimmungen. Und wenn der Bericht die Inspektoren darauf aufmerksam macht, daß die Beschäftigung eines zur Familie nicht gehörigen Arbeiters die hausindustriellen Betriebe den allgemeinen Schutzgesetzen unterstellt, so lassen sich derartige Mißbräuche nicht beseitigen. An die Ausnahmestellung der Hausindustrie aber will die Obere Arbeitskommission nicht rühren. Sie beschränkt sich auf die Anregung, eine Statistik der Hausindustrie und eine Enquete über die Arbeitsbedingungen in derselben zu veranstalten.

Insofern aber die erste Verkürzungs-Etappe von 11 Stunden wirklich auch den in den gemischten Betrieben arbeitenden Männern zu gute kam, hatte sie eine Verbesserung der Produktionsmethoden zur Folge. Die Einzelberichte konstatieren „nahezu einstimmig", daß die Durchführung des Elfstundentages, der freilich „in den meisten Industrien bereits vorher eingeführt war", im Berichtsjahre „keine schlimme Rückwirkung" auf die Produktion ausgeübt habe.

Im einzelnen verzeichnet der Divisionsinspektor von Lille einen Rückgang der Produktion infolge der Verkürzung der Arbeitszeit auf 11 Stunden in der Baumwoll- und Leinenspinnerei, in der Wollkämmerei und Wollspinnerei. Der Lyoner Inspektor berichtet dagegen, daß in seinem Bezirke große Betriebe die Verkürzungs-Etappen übersprungen und gleich den Zehnstundentag eingeführt haben. Ueber einen dieser Betriebe, der 2300 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, wird ausdrücklich berichtet, daß der Produktionsertrag derselbe geblieben ist.

Die konstatierten Ueberschreitungen der Arbeitzeit-Vorschriften für Frauen und Kinder stieg auf 4572, d. i. um 2959 mehr als 1900, die Ueberschreitungen der gleichen Vorschriften für die Männer stieg von 892 im Jahre 1900 auf 2914 im Jahre 1901. Diese Zahlen zeugen klar genug von der mangelhaften Durchführung selbst der ersten Verkürzungsetappe. Eine strengere Wachsamkeit der Inspektoren hat offenbart, daß die früheren optimistischen Versicherungen, wonach der Frauen- und Kinderschutz „nach und nach sich in den industriellen Sitten eingelebt" haben soll, windige Behauptungen waren. Der Bericht selbst muß das zugeben.

Unzweifelhafte Fortschritte weist die Thätigkeit der Inspektion auf, und zwar bei den 1901 gleichgebliebenen Personal: 11 Divisions-Inspektoren und 95 Departements-Inspektoren, darunter 15 weibliche Inspektoren. Die Vermehrung des Personals auf 110 Departements-Inspektoren, darunter 19 weibliche, hat Millerand erst durch ein Dekret vom 10. Mai 1902 verfügt, nachdem das Parlament im diesjährigen Budget die nötige Mehrausgabe votiert hatte.

Im Berichtsjahre waren der Gewerbe-Inspektion unterstellt 327 703 Betriebe mit 2 865 832 Arbeitern (Männer, Frauen und Minderjährige), ungerechnet die 320 272 Berg- und Steinbrucharbeiter, über die die Minen-Ingenieure — höchst mangelhaft — unter Beihilfe der Arbeiterdelegierten wachen. Im Jahre 1900 betrug die Zahl der von der Gewerbe-Inspektion zu bewachenden Betriebe 309 377 mit 2 802 000 Arbeitern. Die Vermehrung der Betriebe 1901 erklärt sich wesentlich aus dem „Siggesetz" vom 29. Dezember 1900, das die Inhaber von Verkaufsmagazinen und Läden verpflichtet, jeder weiblichen Angestellten einen Stuhl zur Verfügung zu stellen. Jenes Gesetz erstreckt sich auf 17 487 Geschäfte. Die Zahl der sonstigen Betriebe hat somit nur um 839 zugenommen. Die Inspektion hat nun 146 170 Revisionen (gegen 145 132 im Jahre 1900) vorgenommen, die sich auf 124 016 Betriebe mit 1 967 463 Arbeitenden erstrecken — gegen 118 946 Betriebe mit 1 822 024 Arbeitenden im Jahre 1900. Das macht 38 Prozent der Betriebe und 68,6 Prozent des Personals. Trotz der erhöhten Zahl der Revisionen ist aber die Zahl der noch kein einziges Mal besuchten Betriebe gegenüber 1900 von 75 822 auf 82 427 gestiegen. Das erklärt sich wesentlich aus der erwähnten neuen Kategorie der unter dem „Siggesetz" stehenden Betriebe.

Hervorzuheben ist das einstimmige lobende Urteil der Inspektoren über die thätige Hilfe seitens der Gewerkschaften, mit denen sie zu Gewerbe-Aufsichts-Zwecken in Fühlung stehen seit dem Rundschreiben Millerands vom 19. Januar 1900. Damit erklärt der Bericht die gestiegene Zahl der erstatteten Anzeigen: „Eine gewisse Zahl Anzeigen wurden erstattet infolge der Forderungen der Gewerkschaften, die so die Ahndung von Ueberschreitungen gesichert haben, welche andernfalls der Inspektion unbekannt geblieben wären."

Insgesamt wurden 20 829 Ueberschreitungen konstatiert, darunter 2836 erstattete Anzeigen, gegen 25 718 Ueberschreitungen, davon 2776 Anzeigen im Jahre 1900. Die Behandlung der unternehmerlichen Gesetzesverletzer war also strenger als im Vorjahre. Die Gerichte haben ihrerseits sich ebenfalls strenger als früher gezeigt. Von den 2836 Anzeigen endeten 2525 mit einer Verurteilung, 109 mit einem Freispruch, 102 sind noch in der Schwebe, 20 wurden von der Inspektionsbehörde und 80 von der Staatsanwaltschaft ohne gerichtliche Folgen belassen. Beispiele von strengeren Urteilen: In Paris wurden zwei Modeschneiderinnen im Wiederholungsfall zu 500 Frank Buße verurteilt, weil sie der Inspektorin den Eintritt in die Werkstätten verweigert hatten; dieselben wurden ferner wegen andrer wiederholter Ueberschreitungen zu 17 Bußen von je 50 Fr. verurteilt. In Avesnes bekam ein Glashüttenbesitzer im Wiederholungsfall 3 Bußen von je 100 Frank zudiktiert nebst dem Anschlag des Urteils an der Thür seines Betriebes und am Rathausgebäude. Dasselbe Gericht verurteilte einen Industriellen zu denselben Strafen nebst Veröffentlichung des Urteils in zwei Zeitungen.

Insgesamt wurde auf 88 772 Franks Buße erkannt gegen bloß 42 674 Franks Buße im Jahre 1900 bei einer größeren Zahl von Ueberschreitungen.

Es fehlt aber auch nicht an Klagen der Inspektoren über die gerichtliche Milde. So beschweren sich mehrere Divisionsinspektoren über die allzu leichte Anwendung der bedingten Verurteilung, und das gerade im Wiederholungsfalle, wo die „Ueberschreitung" des Schutzgesetzes erst zu einem „Vergehen" wird und also erst dann den Vorteil der bedingten Verurteilung genießen kann. Der Bericht verlangt ein entsprechendes gesetzgeberisches Eingreifen zur Beseitigung dieser „wahren Anomalie", wodurch das Gesetz über die bedingte Verurteilung, das sonst nur für die erste Verurteilung gilt, die dann im Wiederholungsfall effektiv wird und die zweite Verurteilung entsprechend verschärft, ins Gegenteil verkehrt wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. September.

Freisinn und Landtagswahl.

Wir wiesen schon neulich gegenüber der „Voss. Ztg." darauf hin, daß die Freisinnigen in Anbetracht unsrer Beteiligung an der Landtagswahl ihr Augenmerk **auf solche Kreise** richten müssen, wo sie zur Zeit kein Mandat besitzen, wo aber der gegnerische Besitz durch den Ansturm der Socialdemokratie erschüttert werden kann.

Wir zählen in der folgenden Tabelle solche Kreise auf; bei der Zusammenstellung haben wir alle Landtagswahlkreise aufgenommen, in denen bei der Reichstagswahl 1898 die Socialdemokraten und Freisinnigen (Volkspartei und Vereinigung) zusammen die absolute Majorität hatten. Selbstverständlich halten wir diesen Maßstab nicht für vollkommen; wo bisher Nationalliberale im Besitz sind, werden die Freisinnigen vermutlich vorziehen, mit diesen zu paktieren; wenn sie es erfolgreich thun, werden sie es dem Ansturm der Socialdemokraten verdanken. In einzelnen Kreisen werden lokale Verhältnisse Handhabe zu andrer Beurteilung bieten; dagegen wird ein aussichtsvoller Kampf auch in weiteren Bezirken möglich sein — namentlich hoffen wir, daß das Ergebnis der nächsten Reichstagswahl noch günstigere Aussichten eröffnet.

Landtags-Wahlkreis	Bei der Reichstags-Wahl 1898 wählten			Zur Zeit im Landtag vertreten durch[1])
	überhaupt	socialdem.	freisinnig	
1. Ober- und Niederbarnim	57 742	28 092	8 624	3 K.
2. Potsdam (Stadt)	7 813	2 315	1 716	1 K.
3. Osthavelland	22 681	9 303	3 310	1 K.
4. Westhavelland-Zauch-Belzig	48 402	16 805	10 711	3 K.
5. Teltow-Beeskow-Storkow	86 465	42 699	11 392	2 K.
6. Landsberg-Soldin	19 940	4 940	5 109	2 K.
7. Frankfurt a. O.-Lebus	24 515	9 902	5 479	2 K.
8. Guben-Soran[2])	85 897	26 673	14 847	1 K. 1 Fk.
9. Kottbus-Spremberg-Kalau				2 K.
10. Luckau-Lübben				2 K.
11. Striegau-Schweidnitz	22 719	6 745	5 626	1 K. 1 C.
12. Waldenburg-Reichenbach[3])	45 746	20 450	3 121	3 Fk.
13. Grünberg-Freystadt	17 159	3 885	6 564	2 K.
14. Sagan-Sprottau	16 595	1 875	7 767	1 K. 1 Fk.
15. Glogau-Lüben	38 910	4 996	16 700	2 K.
16. Bunzlau-Löwenberg				2 K.
17. Goldberg-Haynau-Liegnitz	23 837	7 205	9 092	2 K.
18. Hirschberg-Schönau	14 729	4 079	5 755	1 Fk. 1 K.
19. Magdeburg	39 311	20 125	4 191	2 K.
20. Wanzleben	15 734	6 409	2 050	1 K.
21. Aschersleben-Kalbe	34 648	17 090	2 232	2 Fk.
22. Oschersleben, Halberstadt, Wernigerode	29 252	11 262	4 102	2 K.
23. Liebenwerda-Torgau	14 901	2 812	5 562	1 K. 1 Fk.
24. Schweinitz-Wittenberg	14 720	1 736	5 694	2 K.
25. Bitterfeld-Delitzsch	21 673	7 404	5 338	2 K.
26. Halle-Saalkreis	35 876	17 840	8 236	1 Fk. 1 K.
27. Querfurt-Merseburg	23 418	6 274	6 572	1 K. 1 Fk.
28. Naumburg-Weißenfels, Zeitz	29 078	13 622	3 656	1 K. 1 K.
29. Mühlhausen, Weißensee, Langensalza	17 724	4 743	5 158	1 K. 1 Fk.
30. Schleswig	16 410	4 116	5 895	1 Fk.
31. Eckernförde				1 K.
32. Norder-Dithmarschen	22 274	8 076	4 862	1 K.
33. Süder-Dithmarschen				1 K.
34. Pinneberg	30 814	15 928	4 847	1 Fk.
35. Segeberg				1 Fk.
36. Rendsburg	24 567	11 011	8 801	1 Fk.
37. Plön				1 K.
38. Altona	32 040	22 589	2 419	1 K.
39. Stormarn				1 Fk.
40. Lauenburg	9 833	4 056	1 346	1 Fk.
41. Hannover[4])	43 134	22 730	498	2 K.
42. Linden				1 K.
43. Altena-Iserlohn	27 898	7 315	7 705	2 K.
44. Eschwege-Schmalkalden[5])	14 195	5 240	3 071	1 Fk.
45. Lennep-Remscheid-Solingen	59 149	27 856	10 760	3 K.
46. Mettmann				1 K.
47. Elberfeld-Barmen	46 487	24 145	13 328	1 K. 1 Fk.

[1]) K. = Kons. Fk. = Freikons. K. = Nationallib. C. = Centrum.

[2]) 8—10 decken sich mit vier Reichstags-Wahlkreisen. In Guben-Lübben hatten die Freisinnigen keine Kandidaten aufgestellt. 1/5 der dort abgegebenen 8168 nationalliberalen Stimmen genügt, um in der Summe aller drei Kreise die Socialdemokraten und Freisinnigen als absolute Majorität erscheinen zu lassen.

[3]) Die Zahlen enthalten noch den ungünstigen Neuroder Kreis

[4]) In den Zahlen fehlt Linden-Land.

[5]) Die Zahlen enthalten noch Witzenhausen.

In den aufgeführten 47 Wahlkreisen sind 81 Abgeordnete zu wählen. Von diesen gehören zur Zeit 39 der konservativen, 20 der freikonservativen, 21 der nationalliberalen Partei an, einer dem Centrum.

In einer Reihe der Wahlkreise (Magdeburg, Pinneberg, Segeberg, Altona, Stormarn, Hannover, Linden, Elberfeld-Barmen) hatte die Socialdemokratie bei den Reichstagswahlen für sich allein die absolute Majorität, in andern, z. B. Halle, war sie nahe daran. Wir möchten auch bei dieser Gelegenheit die Freisinnigen darauf hinweisen, daß der Erfolg davon abhängt, ob es ihnen gelingt im Laufe des Jahres, das uns noch von den Wahlen trennt, ihre Wähler dazu zu bringen, die Socialdemokratie als völlig gleichberechtigte politische Partei anzuerkennen. Mit dieser Arbeit müßte sofort begonnen werden.

Das Wachsen der Fleischnot.

Alle Welt, selbst nationalliberale und Centrumsblätter, nur die agrarische Fleischwucher-Clique nicht, ist sich darüber einig, daß bereits jetzt die Fleischnot einen unerträglichen Grad erreicht hat. Die Fleischnot und damit das Steigen der Fleischpreise hat aber noch keineswegs seinen Höhepunkt erreicht. Die ohnehin horrenden Fleischpreise werden erst dann ihre Höhe erreichen, wenn die Bestimmungen des Fleischbeschau-Gesetzes, die sich auf die Einfuhr frischen und zubereiteten Fleisches beziehen, mit dem 1. April nächsten Jahres in Kraft ge-

treten sein werden. Hat doch schon das bereits in Kraft getretene Einfuhrverbot des Büchsenfleisches und der Wurstwaren sich höchst unangenehm bemerkbar gemacht. Die Vorräte dieser ausländischen Fleischwaren, die noch vorhanden waren, sind inzwischen verbraucht, die Folgen machen sich in dem Fleischmangel und den vielfach gerade während der letzten Wochen eingetretenen Fleischpreis-Erhöhungen geltend. Ganz anders noch wird sich das Inkrafttreten jener andren Bestimmungen des § 14a des Fleischbeschau-Gesetzes fühlbar machen, die besagen, daß frisches Fleisch nur in ganzen Tierkörpern, die Brust und Bauchfell, Lunge, Herz, Nieren, Euter und auf bundesrätliche Verfügung hin eventuell noch andre innere Organe enthalten müssen, eingeführt werden darf, zubereitetes Fleisch aber nur dann, wenn „die Unschädlichkeit für die menschliche Gesundheit bei der Einfuhr sich in zuverlässiger Weise feststellen läßt", und daß Pökelfleisch überhaupt nicht in Stücken unter 4 Kilogramm Gewicht eingeführt werden darf. Wozu noch kommt, daß der erwähnte Paragraph bestimmt, daß Fleisch, dessen Behandlung die Möglichkeit seiner Zurückverwandlung in frisches Fleisch zuläßt, auch nur in ganzen Tierkörpern inklusive der obengenannten Organe eingeführt werden darf.

Diese Bestimmungen, die mit dem 1. April 1903 in Kraft treten, gaben den Untersuchungsbehörden so viel Mittel der Beanstandung an die Hand, daß die Einfuhr ausländischen Fleisches auf ein Minimum zusammenschrumpfen wird. Diese Befürchtung braucht für das „zubereitete" und Pökelfleisch nicht erst bewiesen zu werden. Aber auch die Einfuhr des frischen Fleisches in ganzen Tierkörpern — eine hygienische Vorsichtsmaßnahme, die sich nur dann allenfalls rechtfertigen ließe, wenn die Grenzsperren für lebendes ausländisches Vieh nicht existierten — wird dadurch besonders schwierig gemacht, daß die inneren Organe am leichtesten dem Zersetzungsprozeß verfallen und dadurch das übrige Fleisch ebenfalls dem Verderben aussetzen. Die Viehlieferanten und Vieh-importeure werden sich unter solchen Umständen gleichermaßen bedenken, das Risiko des Imports auf sich zu nehmen. Vor allen Dingen aber wird die Einfuhr all jener frischen Fleischteile in Fortfall kommen, die gegenwärtig in beträchtlichen Quantitäten eingeführt werden und namentlich bei der Wurstfabrikation Verwendung finden. So werden bis jetzt jährlich eingeführt

Schweinelebern	im Gewicht von	12	Millionen	Pfund
Rinder- u. Schweinezungen	„	„	3	„	„
Schweinemacken	„	„	2	„	„
Ochsenschulterstücke	„	„	2	„	„
Herzen	„	„	1	„	„

Also insgesamt ein Quantum von 20 Millionen Pfund. Dieser Import wird aber mit dem 1. April des nächsten Jahres völlig aufhören. Die unausbleibliche Folge davon wird eine erhebliche Preissteigerung der Wurstwaren sein. Der Proletarier, der bisher zum Frühstück oder Vesper ein Stück Leberwurst verzehrte, wird sich entweder mit einer beträchtlich schmäleren Portion begnügen oder aber statt der Leberwurst Kaldaunenwurst verzehren müssen. Die Kaldaunen, die gegenwärtig hauptsächlich zu Hundefutter verwandt wurden, werden künftig des Proletariers Speise bilden.

Die Herren Agrarier werden freilich keine Kaldaunenwurst zu goutieren brauchen, sie werden sich bei Sekt und Kaviar über die Auswucherung der Massen durch den Fleischwucher schmunzelnd die Hände reiben! —

* * *

Deutsches Reich.

Der Centralverband der industriellen Scharfmacher

hielt am Mittwoch in Düsseldorf eine Delegiertenversammlung ab, in der mannigfaltige Klage geführt wurde, daß die Regierung sich gegenüber Arbeiterschaft und Socialdemokratie nicht genügend gemäß den Anforderungen des Centralverbandes verhalte. Die socialdemokratische Gefahr wurde gebührend hervorgehoben und es fehlte nicht an den üblichen Angriffen auf die bürgerlichen Socialpolitiker, die der Socialdemokratie Vorschub leisten. Herr Bueck führte in seiner Berichterstattung u. a. aus:

„Augenscheinlich werde der Kampf um den Zolltarif von den linksliberalen Parteien, insbesondere von der Socialdemokratie benutzt, um ihren Einfluß und ihre Macht auszudehnen. Diesen Bestrebungen werde es nicht an Erfolg fehlen, wenn es den genannten Parteien gelingen sollte, die Fertigstellung des Tarifs vor den kommenden Reichstagswahlen zu verhindern, da namentlich **die landwirtschaftlichen Zölle** bei diesen Wahlen **ein höchst wirkungsvolles Agitationsmittel bieten werden. Diese Gefahr sei größer** als bei den Wahlen im Jahre 1878, da seitdem der Umfang und die Organisation der socialdemokratischen Partei außerordentliche Fortschritte gemacht haben. Unter solchen Umständen sei es doppelt beklagenswert, daß die Socialpolitiker der bürgerlichen Parteien den Socialdemokraten fortdauernd in die Hände arbeiten. Davon haben die letzten Etatsberatungen des Reichstags wieder Zeugnis abgelegt. . . . Die **Unternehmer und Arbeitgeber seien** bei diesen Verhandlungen **vogelfrei.** Es sei aber das Privilegium der Tribüne des Reichstages, daß von ihr aus die Arbeitgeber ungehindert in maßlosester Weise verleumdet und beschimpft werden können. Von dort aus würde **eine Hetzarbeit** getrieben, **wie sie schmählicher nicht sein könne.** Der Centralverband habe dabei auch sein Teil erhalten. Die **Abgeordneten Bassermann und Rösicke** haben in dieser Beziehung **mit den Socialdemokraten gewetteifert.**

Die Anerkennung als Arbeiterpartei habe der Socialdemokratie bereits das eingetragen, daß die **Reichsregierung** zu dem vom 16.—21. Juni abgehaltenen Kongreß der socialdemokratischen Gewerkschaften in Stuttgart einen mit einem von dem Grafen Posadowsky unterzeichneten Schreiben versehenen offiziellen Vertreter entsandt habe. Man habe ferner angenommen, daß nicht nur die christlichen und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, sondern auch die socialdemokratischen sich in politischer Beziehung neutral verhielten und nur Gewerkschaftsinteressen verfolgten. Die Neutralitätsfrage sei auch auf dem Kongreß erörtert worden und zwar in dem Sinne, daß der Vorsitzende am Schlusse erklären konnte: „Die deutschen Gewerkschaften und die Socialdemokratie seien eins." In diesem Sinne seien auch die Bestrebungen des Herrn v. Berlepsch und der „Gesellschaft für Socialreform" vom „Vorwärts" ablehnend behandelt worden. . . .

Auf die Stellung des Centralverbandes im allgemeinen übergehend konstatierte der Geschäftsführer, daß der Verband nur wenige Freunde, aber sehr viele Feinde habe. Von den Gegnern des Centralverbandes im Reichstage, besonders von den Socialdemokraten, werde der Reichsregierung bei jeder Gelegenheit in brutalster Weise gesagt, sie stehe unter dem Einfluß des Centralverbandes. Die damit verfolgte Absicht sei sehr durchsichtig, ob sie aber von Erfolg begleitet sei, wisse er nicht. So viel wisse er jedoch genau, daß, wenn es dem Centralverbande gelungen sei, selbst in sehr wichtigen Fragen sich Gehör bei der Regierung zu verschaffen und auf die Gestaltung der Gesetzgebung einzuwirken, dies lediglich seiner sachlichen ernsten Arbeit zu verdanken sei."

Um den Centralverband zufrieden zu stellen, müßte jede Aeußerung gegen das Großkapital im Reichstage verboten oder besser der Reichstag gänzlich beseitigt werden; ferner müßte die Reichsregierung vollends zu einer Filiale des Centralverbandes erhoben werden. Graf Posadowsky und Herr Bassermann als Förderer der Socialdemokratie — wie anders malt sich in diesen Köpfen doch die Welt!

*

Ferner beschäftigte sich die Delegiertenversammlung mit den Beschlüssen der Zolltommission. Diese wurden als „eine rein agrarische Revision der Regierungsvorlage bezeichnet, die Industrie aber solle sich einmütig um die Regierungsvorlage sammeln. —

Regierungen und Zolltarif. Die offiziöse „Südd. Reichskorrespondenz", die aus der Nähe des Grafen Bülow gespeist erscheint, äußert zu der Blättermeldung, daß von einer Bundesregierung beabsichtigt sei, den Ueberzöllnern entgegen zu kommen:

„Es geht nichts vor, was dieser Ausstreuung einen Schein von Berechtigung gäbe. Nirgends besteht der Wunsch, die Vereinbarung zwischen den Bundesregierungen, die in den Agrarzollsätzen des Entwurfs niedergelegt ist, wieder rückgängig zu machen. Vielmehr sind die verbündeten Regierungen darüber einig, daß die Erhöhung wie die Ausdehnung der Mindestzölle nicht möglich ist. Von den Einzelstaaten können dahin zielende Abänderungen des Entwurfs nicht ausgehen. Ebensowenig giebt es „innerhalb der Reichsregierung" ein Auseinandergehen der Ansichten in der Frage der Getreidezölle." —

Der Protest gegen die Fleischnot.

Gegen den Fleischwucher hat **die Stuttgarter Arbeiterschaft** am Montag in einer von über 1000 Personen besuchten Versammlung Stellung genommen. Nach einem eingehenden Referat des Genossen Hildenbrand wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in welcher das Bureau beauftragt wird, beim Reichskanzler die Aufhebung der Grenzsperre für Vieh zu fordern und die württembergische Regierung zu ersuchen, im Bundesrat dieses Bestreben zu unterstützen. Des weiteren wird der Gemeinderat aufgefordert, die städtische Fleischabgabe, die 1900 ca. 640 000 M. brachte, baldmöglichst aufzuheben.

*

Aus **Nürnberg** wird uns geschrieben:

Gegen die Fleischnot wurde am Montag in zwei überfüllten Volksversammlungen, die von unsrer Partei einberufen und aus allen Bevölkerungsschichten, auch von vielen Frauen, besucht waren, in eindrucksvoller Weise protestiert. Referenten waren die Genossen Segitz und Rudolph, deren Ausführungen begeistert zugestimmt wurde. Segitz verlangte u. a., daß die Stadtvertretung Nürnbergs sofort die Initiative zur **Einberufung eines bayrischen Städtetages** ergreife, um dort über gemeinsame Maßnahmen zur Linderung der Fleischteuerung zu beraten.

Auch die Freisinnigen führten in einer Versammlung, in der der Abg. Müller-Meiningen sprach, eine Protestkomödie auf. Dieselben Freisinnigen, die vor drei Wochen im Wahlkreise Forchheim einem Zöllner zur Wahl verhalfen! Ihr „Protest" wird daher nicht allzu ernst genommen.

*

Ferner werden uns Protestversammlungen gemeldet aus Oldenburg, Zwickau, Chemnitz. —

Ueber Deutschlands Seeheldenthat urteilt „Daily Expreß" in einem Artikel unter der Ueberschrift: „Die gepanzerte Faust schlägt zu — eine erstaunliche Handlung":

„Die Handlungsweise Deutschlands ist auf jeden Fall erstaunlich. Es ist — gelinde ausgedrückt, nicht üblich, solche Akte, wie das Durchsuchen eines Handelsschiffes nach Kriegskonterbande durch Ingrundbohren des revidierenden Schiffes zu ahnden. Solche Zwischenfälle werden gewöhnlich auf diplomatischem Wege geregelt, und in Fällen ungesetzlicher Handlungsweise wird Kompensation gewährt. Es ist zu bemerken, daß des Kaisers Flotte sich nicht einmischte, als britische Kriegsschiffe deutsche Dampfer in Beschlag nahmen unter dem Verdachte, daß sie Kriegskonterbande in den südafrikanischen Gewässern mit sich führten. . . ."

Sogar die „Kölnische Zeitung" empfindet eine gewisse Beklemmung über die Großthat gegenüber einem so wehrlosen Gegner. In einer Notiz: „Schluß mit Haiti" erklärt sie:

„In einigen Zeitungen ist die Rede davon, daß wir nach der Zerstörung der „Crête-à-Pierrot" noch Entschädigungs-Ansprüche gegen Haiti geltend zu machen haben würden, besonders wegen der weggenommenen Munition und Waffen. Eine Entschädigung für diese dürfte aber kaum in Betracht kommen, da die „Marcomannia" die der regulären haitischen Regierung gehörigen Waffen lediglich von einem Hafen der Insel nach dem andern transportiert hat. Eigentümer blieb somit die haitische Regierung, die sich wegen der Wegnahme mit den Rebellen auseinandersetzen kann. Der „Marcomannia" ist, abgesehen von dem völkerrechtswidrigen Verfahren, das seine Sühne gefunden hat, keine andre Schädigung zugefügt worden, als ein kleiner Zeitverlust und die dadurch bedingten unerheblichen Ausgaben. Von nennenswerten Entschädigungs-Ansprüchen dürfte somit nicht die Rede sein, und die Genugthuung für völkerrechtswidriges Verhalten — die haben wir uns selbst genommen."

Und einer solchen Lappalie wegen eine solch überhetzte Staatsaktion und ein solch kindischer Preßtamtam! —

Eine New Yorker Meldung der „Frankf. Ztg." teilt übrigens mit: Der amerikanische Gesandte Powell telegraphiert, Killick und zwei andre Offiziere seien mit dem Kanonenboote „Crête-à-Pierrot" **untergegangen.** —

Hunnentum und „Kreuz-Zeitung".

Die „Kreuz-Zeitung" verwahrt sich gegen unsern Vorwurf, daß sie in Sachen des kolonialen Hunnentums eine doppelte Buchführung beliebe, da sie zwar das amerikanische Hunnentum auf den Philippinen und die amerikanische Hunnenjustiz nicht scharf genug brandmarke, aber für die wundersamen Hunnenprozesse in Deutschland nicht ein armseliges Wörtchen der Kritik übrig gehabt, im Gegenteil die verlogene Heuchelaktik der gesamten Bourgeoispresse unentwegt mitgemacht habe. Man erinnert sich: Die „Kreuz-Zeitung" hatte es skandalös gefunden, daß die amerikanischen Behörden die Entlarver der hunnischen Bestialitäten auf den Philippinen verfolgten, statt ihnen für ihre Rettung der Humanität und der wahrhaften nationalen Ehre dankbar zu sein.

Als besonders „haarsträubend" hatte es die „Kreuz-Zeitung" bezeichnet, daß man nun gar einen Unteroffizier, der in einem Hunnenprozeß — der übrigens gegen die des Hunnentums Bezichtigten geführt worden war — wegen Meineidsverdachtes den Prozeß machen wolle. Die „Kreuz-Zeitung" hatte daher in sehr verständiger Weise ausgeführt, daß der Zeuge in seinen Aussagen über das amerikanische Hunnentum sehr wohl die Wahrheit gesagt haben könne, auch wenn es ihm nicht gelinge, die nötigen Zeugen unter den eingeschüchterten oder selbst wohl gar schuldigen Philippinenmannschaften aufzutreiben.

Wir hatten dieser Kritik der „Kreuz-Zeitung" unsre volle Zustimmung gegeben, aber gleichzeitig die infame Heuchelei der „Kreuz-Zeitung" in Sachen der deutschen Hunnenprozesse gegeißelt. Diesem Vorwurf glaubt das konservative Blatt durch folgende Ausführung begegnen zu können:

Es liegt keineswegs ein „Widerspruch" in unsrer Haltung; denn die Dinge liegen in den beiden Fällen ganz und gar verschieden. Korporal O'Brien war als Zeuge vernommen und mußte reden. Will man ihn aber wegen seines Zeugnisses auf Meineid anklagen, so ist nicht er, sondern die Anklagebehörde beweispflichtig. Bei den „Hunnenbriefen" handelte es sich dagegen um private Behauptungen beleidigenden Charakters, nicht um Zeugnisse, die vor den Gerichten auf Erfordern abgelegt worden sind. Die Gerichte brauchten diesen Denunzianten nicht zu beweisen, daß sie die Unwahrheit geredet hatten, sondern diese hatten die Wahrheit ihrer Behauptungen zu erweisen, wenn sie sich vor der Bestrafung wegen übler Nachrede oder verleumderischer Beleidigung schützen wollten.

Wenn die „Kreuz-Zeitung" nichts Gescheiteres zu entgegnen wußte, so hätte sie lieber schweigen sollen. Denn ein Meineidsverfahren gegen einen Zeugen, den das Gericht im Verdacht hat, die Unwahrheit gesagt zu haben, gehört auch bei uns wahrhaftig nicht zu den Seltenheiten. Es wäre z. B. auch gar nicht ausgeschlossen gewesen, daß ein deutsches Gericht in einem ähnlich gelagerten Hunnenprozesse gegen einen Zeugen, der im Gegensatz zu andern Zeugen die Hunnenbezichtigungen bestätigt hätte, das Meineidsverfahren eingeleitet hätte. Ob auch darin die „Kreuz-Zeitung" eine „haarsträubende Justiz" gefunden hätte? Ob sie auch dann die Glaubwürdigkeit des Zeugen so warm und so psychologisch verteidigt hätte?!

Ferner: Die „Kreuz-Zeitung" erklärt, der Zeuge mußte reden. Soll das etwa heißen, daß unbeteiligte Personen, Politiker oder Journalisten, nicht das Recht und die Pflicht hatten, das Hunnentum zu brandmarken?! Sollte ihnen nicht derselbe moralische Schutz zugebilligt werden, wie dem Zeugen, der vielleicht sogar widerstrebend die hunnischen Scheußlichkeiten enthüllte?! Augenscheinlich nicht, nennt doch die „Kreuz-Zeitung" die deutschen Hunnenankläger „Denunzianten". Was in Amerika eine patriotische That ist, ist also in Deutschland ein Denunziantenstreich!

Wenn die „Kreuz-Zeitung" schließlich erklärt, die deutschen Ankläger hätten ihre Behauptungen zu erweisen gehabt, so ist sie darin nur unserer Meinung. Aber der „Kreuz-Zeitung" sollte doch nachgerade bekannt sein, daß es nicht an den deutschen Angeklagten, sondern an der eigenartigen Auffassung der Gerichte gelegen hat, daß in den Wahrheitsbeweis überhaupt nicht eingetreten wurde!

In Amerika wurde gegen die „Denunzianten" überhaupt keine Anklage erhoben! Trotzdem spricht die „Kreuz-Zeitung" über die „haarsträubende" amerikanische Justiz! Es bleibt also bei der schoflen doppelten Buchführung der „Kreuz-Zeitung"! —

Undankbare Kaisergäste. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" rüffelt die „Tägliche Rundschau" ab, die behauptet hatte, daß die in Posen so vom Kaiser ausgezeichneten russischen Offiziere die ihnen erwiesene Ehre mit schnödem Undank gelohnt und die Feststimmung durch ihr Betragen empfindlich gestört hätten. Darauf antwortet die „Tägl. Rundsch.":

„Mit der summarischen Aburteilung der ganzen Behauptungen als „böswilliger Klatsch" ist wenig genützt. Was ist denn eigentlich unwahr? Haben sämtliche Berichterstatter falsch gesehen, als sie zu beobachten glaubten, daß General Tschertkow mit seinen russischen Kameraden auf dem Paradefelde sich **gegenüber den kaiserlichen Aufmerksamkeiten auffallend kühl benahm?** Haben die russischen Offiziere nicht in dem nationalpolnischen „Hotel Bazar" gewohnt und sich dort der polnischen Sprache bedient, obgleich der Wirt und die Angestellten anfänglich französisch mit den russischen Gästen sprechen wollten? Die Illumination dieses Hotels ist, wie wir jetzt wissen, auf Befehl der Aktionäre unterblieben; aber ist es unwahr, daß die russischen Gäste sich gern in diese Weigerung schickten und mit polnischen Gästen polnische Lieder sangen, also mit ihnen fraternisierten?" —

Abermals ein Todesmarsch. Aus Halberstadt wird gemeldet: Infolge Hitzschlages verunglückten im Manöver zehn Reservisten vom 27. Infanterie-Regiment. Zwei waren auf der Stelle tot, die übrigen wurden nach Halberstadt zurücktransportiert. —

Ausland.

Die Neugestaltung der südafrikanischen Verhältnisse.

Der amtliche Bericht über die Besprechung der Boerengenerale mit dem Minister Chamberlain, der heute veröffentlicht worden ist, besagt: Die Generale ersuchten Chamberlain am 20. Mai um eine Besprechung zur Erörterung einer Frage von größter Bedeutung und baten um Festsetzung eines Termins für diese Besprechung. Die Hauptgegenstände seien die Bitte um völlige Amnestie für alle britischen Staatsangehörigen, die an dem südafrikanischen Kriege teilgenommen, sowie Begnadigung aller Personen, die wegen Akte, die sie während des Krieges begangen, schuldig befunden worden sind; ferner wollten sie in Verbindung hiermit zu erlangen suchen, daß britischerseits jährlich ein ausreichender Betrag gezahlt werde zur Unterstützung der Witwen und Waisen von Burghers und der verstümmelten Burghers.

Ferner gingen die Vorschläge der Boerengenerale dahin: Für die englische und die holländische Sprache gleiches Recht in Schulen und vor Gerichten, und gleiche Rechte für die Engländer und Burghers, erträgliche Bedingungen für die Uebergabe einschließlich der sofortigen Repatriierung der Burghers und der Freilassung der Gefangenen; Wiedereinsetzung oder Entschädigung der Beamten der früheren Republiken; Entschädigung für alle Verluste infolge des Krieges; Wiedereinsetzung der Eigentümer der beschlagnahmten Farmen in ihr Besitztum; Bezahlung der gesetzmäßigen Verpflichtungen der Republiken einschließlich der während des Krieges eingegangenen; Annullierung der geplanten Einverleibung eines Gebietsteils in Natal. Die Boerengenerale protestierten ferner gegen die Erzwingung der Ablegung des Unterthanen-Eides. Chamberlain antwortete, daß die Zahl und der Charakter der Vorschläge ihn in Erstaunen setze, und erinnerte die Generale daran, daß die Bedingungen, welche zu Vereinigung garantiert worden seien, an Großmut in der Geschichte nicht ihres Gleichen hätte. Die Vorschläge der Boeren würden ein vollständig neues Uebereinkommen erforderlich machen, das in vielen Punkten dem unterzeichneten Abkommen widersprechen würde. Es sei mit seiner Pflicht nicht vereinbar, in eine Besprechung solcher Vorschläge einzutreten. Chamberlain erklärte, er sei verpflichtet, reinen Tisch zu machen. Es stehe nicht in seiner Macht, von neuem über Punkte, die bereits erledigt seien, zu verhandeln. Botha erwiderte, die Bedingungen für die Uebergabe seien den Boeren in der Weise gestellt worden, daß sie sie nur im ganzen annehmen oder ablehnen konnten. Zu dem Zwecke, weiteres Blutvergießen zu vermeiden, hätten sie die Bedingungen angenommen, aber sie seien entschlossen gewesen, sobald als möglich um Milde zu bitten. Sie hätten sich auf die Versicherungen von Milner und Kitchener verlassen, daß, wenn sie die Bedingungen annähmen, es ihnen nicht versagt sei, als Unterthanen zu erreichen zu suchen, daß der König auf sie Rücksicht nehme in allen Angelegenheiten, die ihnen als den Unterthanen in den neuen Kolonien zum Schaden gereichen könnten.

Die Boerengenerale erklärten ferner in ihrer Mitteilung an Chamberlain, Milner und Kitchener hätten versprochen, zu Gunsten einer Amnestie Vorstellungen zu machen. Botha sagte, sie träten Chamberlain nicht gegenüber mit der Forderung eines neuen Abkommens, sondern als Unterthanen, die ihrem König um Anhörung ihrer Wünsche nach Milde und Gerechtigkeit ersuchen. Chamberlain sprach darauf sein Bedauern aus, daß die Boerengenerale nicht auf die Bedingung eingegangen seien, keinen Versuch zu einer neuen Erörterung des

Abkommens von Vereeniging zu machen. Botha gab die Erklärung ab, daß die Boeren sich dieser Bedingung unterwerfen wollten.

Bei der sich anschließenden offiziellen Besprechung sagte Chamberlain, es werde sich keine Schwierigkeit gegen die Rückkehr derjenigen Gefangenen erheben, die ehrenhaft und ehrlich seien, niemand dieser Art würde unfreundlich behandelt und an der Rückkehr verhindert werden. Chamberlain bestritt ferner die Richtigkeit der Meldung der Blätter, Milner beabsichtige, die Farmen der Burghers zu verkaufen. Botha sprach sein Mißfallen darüber aus, daß die National Scouts in die Kommission ernannt wurde, welche die bewilligten drei Millionen Pfund Sterling verwalten solle. Hierauf; entgegnete Chamberlain, die National Scouts seien in keinem größeren Prozentsatz in der Kommission als die andern, die Regierung müsse sich aber denjenigen gegenüber, die sie unterstützt hätten, ehrlich erweisen und fügte hinzu, die in Natal zurückbleibenden Boeren würden nicht niedergetreten werden. Das Kriegsgericht werde nicht lange aufrecht erhalten werden. In Bezug auf die Witwen und Waisen habe die Regierung jede mögliche Anstrengung gemacht. Schließlich wies Chamberlain auf die Politik des Vergebens und Vergessens dringend hin. Der Krieg sei jetzt vorbei und England wünsche, die Boeren als Angehörige desselben Staates mitarbeiten zu sehen an der Wohlfahrt und an der Freiheit Südafrikas. Der Beginn der Selbstregierung hänge von der Schnelligkeit ab, mit der die alte Animosität absterbe. Die Regierung wünsche, daß kein Teil gänzlich unvertreten sei, und verlange nur, daß die neuen Staatsangehörigen ihr auf halbem Wege entgegenkämen. Damit schloß die Besprechung. —

Frankreich.

Von der Civiljustiz. — De Montebello.

Paris, 9. September. (Eig. Ber.) Nach dem skandalösen Militärgerichts-Urteil von Nantes sitzt die Militärjustiz wieder einmal auf der Armensünderbank. Die socialistische und demokratische Presse verlangt von neuem ihre Abschaffung, und selbst der „Temps", die „zur Zeitung gewordene Bourgeoisie", muß über dem Urteil von Nantes herzbrechend stöhnen: „Kein guter Tag für die Disciplin, noch auch für die Armee!"

Viel weniger beschäftigt sich die linksstehende Presse, „die Lanterne" ausgenommen, mit der Haltung der Civiljustiz gegenüber den klerikalen Krawallmachern und Gesetzesverletzern überhaupt. Es zeigt sich, daß die bürgerliche Klassenjustiz die klerikale Fraktion der herrschenden Klassen entschieden begünstigt. Die Interessen dieser Fraktion erscheinen ihr offenbar dem Bourgeoisinteresse schlechthin viel näher als die Interessen der zur Zeit regierenden Antiklerikalen.

Die bretonischen und anderwärtigen Abreißer von Amtssiegeln, sowie die wort- und thatkräftigen Beleidiger von Schutzmännern und Gendarmen werden mit lächerlich geringen Geldbußen bestraft, die obendrein ihnen auf Grund des Gesetzes der „bedingten Verurteilung" erlassen werden. Dieselbe Gunst wird den Angeklagten erwiesen, die zu ein paar Tagen Gefängnis verurteilt werden. Es fehlt auch nicht an glatt freisprechenden Urteilen. Sonst aber hagelt es bekanntlich wegen der gleichen Vergehen Wochen und Monate Gefängnis, selbst wenn es sich nicht etwa um streikende Arbeiter handelt.

Das Appellgericht von Lyon hat auf die Beschwerde der weltlichen Strohmänner der Kongregationen gar der Regierung das Recht aberkannt, Amtssiegel an den gesetzlich geschlossenen Nonnenschulen anzulegen. In Quimper hat denn ein erstinstanzliches Gericht das Erkenntnis von Lyon ausdrücklich mit juristischen Gründen bekämpft. Ferner wurden gewisse Bestimmungen des Vereinsgesetzes gegen die Lehrerthätigkeit von Mitgliedern aufgelöster Mönchsorden, namentlich der Jesuiten, in einigen Fällen von klerikalen Richtern cynisch mißachtet.

Das Militärgericht von Nantes hat im Grunde nur mit soldatischer Barschheit in die Schilderhebung gegen die antiklerikale Regierung eingegriffen, an welcher sich die Civiljustiz mit kasuistischer Vorsicht beteiligt.

Gerade dieser Tage benutzte die den Klerikalen so günstige Civiljustiz wieder einmal die Gelegenheit, ihr zweites, strenges Gesicht den Arbeitern zu zeigen. In Decazeville, wo die Metallarbeiter im Streik stehen, wurde der Gewerkschaftssekretär Taillefer verhaftet und, **in Handschellen gefesselt,** nach Villefranche transportiert. Grund: er hat in Ausübung seines gesetzliches Rechtes einem Polizeikommissar den Eintritt in eine Gewerkschaftsversammlung verweigert und dessen gewaltsames Eindringen durch Gewalt zu verhindern gesucht. Das Gesuch der Gewerkschaft um provisorische Haftentlassung ihres Sekretärs wurde natürlich abgeschlagen. Taillefer hat ja keine klerikalen Barrikaden errichtet, nicht mit pfäffisch gesegneten Umratskübeln gegen die Gendarmen gekämpft.

Graf de Montebello, der bisherige französische Botschafter in Petersburg, frondiert gegen die Regierung. In einer Petersburger Depesche an den „New York Herald" und im klerikal-monarchistischen „Gaulois" verkündigt er der Welt seine Unzufriedenheit. Seit elf Jahren Botschafter und genehme Person in Petersburg hielt er sich für eine unentbehrliche Säule der Alliance. Er hat denn auch sich geweigert, seine Pensionierung zu verlangen, und er mußte gegangen werden, nachdem die Regierung endlich gemerkt hatte, daß er bei der Zarenregierung Privatopposition gegen die innere Politik seiner eigenen Regierung treibt. Auf seine indiskreten Beschwerden über seine Pensionierung antwortet ihm nun „eine der autoristertesten Personen" im ministeriellen „Matin": „In Herrn de Montebello hatten wir den Botschafter gewisser französischer Parteien. Herr Bompard (sein Nachfolger) wird der Botschafter der französischen Republik sein." Der Herr Graf muß es ganz arg getrieben haben, wenn ihn selbst ein Delcassé nicht mehr dulden mochte. —

Jaurès kündigt in der „Petite République" an, daß die socialistischen Deputierten beim Wiederzusammentritt der Kammer den Antrag stellen werden, die wichtigsten Punkte des Prozesses von Nantes, nämlich den telegraphischen Befehl des Generals Frater, die Antwort des Oberstlieutenants de Saint-Rémy und den Urteilsspruch des Kriegsgerichts, durch Maueranschlag bekannt zu geben. Die Soldaten müßten wissen, welchen Sinn das Wort Disciplin habe, welche Grenzen dem Gehorsam gezogen seien und wann für sie das Recht des selbständigen Denkens beginne. —

Italien.

Vom Kongreß der italienischen Socialisten. Die gestern mitgeteilte Kompromißresolution von Bonomi wurde, wie der Telegraph bereits mitgeteilt hat, nach dreitägiger Debatte angenommen. Die von den Intransigenten gestellte Resolution, die mit 456 gegen 279 Stimmen fiel, hat folgenden Wortlaut:

„In Erwägung, daß die Aktion der socialistischen Partei von ihrem revolutionären Charakter getragen sein muß, in Anbetracht dessen, daß jede Reform durch die Arbeiterklasse selbst errungen werden muß, und daß dieselben den allgemeinen Zwecken, nämlich der politischen und ökonomischen Umformierung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung, welche durch das in eine Klassenpartei organisierte Proletariat durchzuführen ist, bei- und unterzuordnen sind, in Erwägung, daß die Einigkeit der Partei nicht durch das Nebeneinanderbestehen zweier Tendenzen und zweierlei Taktiken gefährdet werden darf, erklärt der Kongreß, daß die socialistische Partei auf den verschiedensten Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Kampfes ihre Ziele unabhängig und getrennt von jeder andren Klasse oder Sekte und von jeder andren politischen Partei zu verfolgen hat." —

Afrika.

London, 10. September. Die Blätter veröffentlichen Telegramme aus Transvaal, in denen die dortige Lage in äußerst schwarzen Farben geschildert wird. Wie „Daily Mail" aus Johannesburg berichtet, ist die Not in der Stadt niemals schlimmer gewesen als gegenwärtig; die Stadt sei mit Arbeitslosen überfüllt. Infolge des großen Zudranges ist eine bedeutende Verteuerung der Lebensmittel eingetreten. Man plant die Errichtung von Konzentrationslagern, um die Arbeitslosen zu verpflegen. Die „Times" veröffentlichen einen Brief ihres südafrikanischen Korrespondenten, welcher der Militärverwaltung die Schuld an dem ganzen Unheil beimißt. —

Juristentag.

Der Juristentag hielt am Mittwochvormittag im Abgeordnetenhause seine erste Sitzung ab. Die Zahl der Teilnehmer beträgt über tausend. Nach der Eröffnungsansprache des Vorsitzenden Professor Brunner und der Begrüßung durch den Vertreter der Reichsregierung Staatssekretär Nieberding und den Vertreter der preußischen Regierung Justizminister Schönstedt, begannen die Beratungen in drei gesonderten Abteilungen.

Die dritte Abteilung verhandelte über die Frage:

„Ist eine Revision des deutschen Strafgesetzbuchs in Aussicht zu nehmen?"

Hierzu lag ein Gutachten des Prof. v. Liszt-Berlin vor. Der Gutachter führt darin aus, daß das Bedürfnis nach einer Umgestaltung der ganzen deutschen Strafgesetzgebung heute von allen Seiten empfunden werde. Bei der Revision sei ein besonderes Gewicht auf die Veränderungen innerhalb des Verbrechertums zu legen. Das Gesetz, welches z. B. bei Diebstahl und Betrug keine Gewerbsmäßigkeit kenne, von Eisenbahndiebstahl nichts wisse, versage gegenüber dem gewerbsmäßigen Verbrecher der modernen Zeit. § 51 St.-G.-B. sei ebenfalls nicht mehr ausreichend, da er die ungeahnte Zahl der Fälle verminderter Zurechnungsfähigkeit (Alkoholismus, Epilepsie, Hysterie, perverse Neigungen der Homosexualen) nicht umfasse. Es sei notwendig, mit den Vorarbeiten zur Revision möglichst bald zu beginnen. Prof. v. Liszt stellt folgende Thesen auf: 1. Das Gesamtgebiet der Polizeidelikte sei auszuscheiden und in ein besonderes Gesetzbuch zu übernehmen; dagegen seien die Gesamtmaterien des kriminellen Unrechts aus den verschiedenen Nebengesetzen heraus- und in das Gesetzbuch aufzunehmen. 2. Für die Bestimmung der Strafe nach Art und Maß in Gesetz und Urteil sei mehr Gewicht auf die innere Gesinnung des Thäters, als auf den äußeren Erfolg der That zu legen. Zwischen verbrecherischer Gesinnung des Thäters und der Strafe müsse Proportionalität herrschen. 3. Das Strafensystem des geltenden Rechts ist im allgemeinen beizubehalten. Haft, Festungshaft und Verweis scheiden aus, die Geldstrafe ist den früheren Beschlüssen des deutschen Juristentages gemäß umzugestalten. 4. Jugendlichen vom 14. bis 21. Lebensjahre gegenüber ist, soweit nicht Fürsorge-Erziehung eintritt, Gefängnisstrafe von 2 bis 5 Jahren als Besserungsstrafe, eventuell mit anschließender Fürsorge-Erziehung anzuwenden. (Die Strafe sei in besonderen Anstalten zu verbüßen. Der Richter dürfe nicht auf eine bestimmte Zeit, sondern müsse unbestimmt auf „zwei bis fünf Jahre" erkennen. Eine besondere Behörde habe dann zu entscheiden, in welchem Zeitpunkt innerhalb dieses Zeitraums die Entlassung zu erfolgen habe. Eine Entlassung vor Ablauf von fünf Jahren sei stets bedingt.) 5. Gegen gewerbsmäßige Verbrecher tritt als Sicherungsstrafe Zuchthausstrafe nicht unter fünf beziehungsweise nicht unter zehn Jahren ein. 6. Gemeingefährliche Verbrecher, die wegen Unzurechnungsfähigkeit freigesprochen oder wegen verminderter Zurechnungsfähigkeit zu milderer Strafe verurteilt werden, sind, und zwar erstere sofort, letztere nach Verbüßung der Strafe, durch den Strafrichter in Heil- oder Pflegeanstalten zu verweisen. 7. Die bedingte Verurteilung ist im Sinne der früheren Beschlüsse des Deutschen Juristentags reichsrechtlich zu regeln. 8. Die weitere Ausgestaltung des Strafensystems sowie des ganzen allgemeinen Teils des Strafgesetzbuchs bleibt späteren Verhandlungen des Deutschen Juristentags vorbehalten; die Behandlung des besonderen Teiles wird der amtlichen Kommission überlassen.

Ein weiteres Gutachten lag von seiten Prof. Calker-Straßburg vor: Der Berichterstatter, Professor Dr. Kahl-Berlin, betont die Notwendigkeit der Revision der Strafgesetzbücher. Eine Umgestaltung bedürfe die Bestrafung wegen **Majestätsbeleidigung,** selbstverständlich nicht in dem Sinne der Schwächung des monarchischen Ansehens. Die heutige Strafart der Majestätsbeleidigungen sei gerade in hohem Grade geeignet, das monarchische Ansehen zu schwächen. Das Gesetz müsse dahin eine Aenderung erfahren, daß nur solche Majestätsbeleidigungen bestraft werden, bei denen ein öffentliches Interesse nachweisbar sei. Außerdem dürften Majestätsbeleidigungen nur auf Antrag einer Centralbehörde verfolgt werden. Ferner müsse die Bestrafung wegen des Zweikampfes Aenderung erfahren. So lange im Strafgesetzbuch die Ehre nicht als höchstes Gut angesehen werde, werde man dem **Zweikampf** nicht Einhalt thun. Es sei auch notwendig, bei Bestrafung des Zweikampfes nach dem Anlaß der Herausforderung zu fragen. Ebenso notwendig sei eine Aenderung wegen Bestrafung von Vergehen gegen die **Religion.** Der § 166 des Strafgesetzbuchs sei in der aufgeregten Zeit der religiösen Streitigkeiten im 19. Jahrhundert entstanden.

§ 166 entspreche daher nicht den heutigen Verhältnissen. Der Redner empfahl ferner eine **Beschränkung der Eide,** eine Reform der Bestrafung der Sittlichkeitsverbrechen, und bezeichnete es als notwendig bei der Strafzumessung dem Richter nicht einen zu großen Spielraum zu lassen. Die Prügelstrafe bei Jugendlichen sei höchstens als Disciplinarmittel beizubehalten. Der Redner empfahl schließlich eine Reihe von Leitsätzen, die im wesentlichen lauten:

„I. Die Revision des Deutschen Strafgesetzbuchs vom 15. Mai 1871 ist eine dringende, aber nicht drängende Aufgabe der Reichsgesetzgebung.

II. In Ansehung der äußeren Gestaltung dieser Revision ist dem Gesetzgeber zu empfehlen:

1. daß eine Ausscheidung des Polizeistrafrechts vorgenommen werde, wobei vorbehalten bleiben kann, ob und inwieweit dieses der landesrechtlichen Ordnung zu überweisen oder in Verbindung mit andren Teilen des Verwaltungsstrafrechts in einer besonderen Reichs-Polizei-Ordnung zu kodifizieren sei;

2. daß die Gelegenheit wahrgenommen werde, den Stoff der strafrechtlichen Ergänzungsgesetze mindestens insoweit in das Strafgesetzbuch einzuarbeiten, als es zur Vereinfachung der gesetzlichen Thatbestände wünschenswert und zur Beseitigung der aus der Gelegenheitsgesetzgebung erwachsenen zahlreichen Inkongruenzen notwendig ist;

3. daß die Strafprozeß-Reform im ganzen bis nach geschehener Revision des Strafgesetzbuchs zurückgestellt werde.

III. Am Inhalte dieser Revision beteiligt sich der Deutsche Juristentag in der Weise, daß er Leitsätze zunächst über diejenigen Fragen zu gewinnen sucht, welche nach ihrer centralen Stellung oder principiellen Bedeutung im wissenschaftlichen und volkstümlichen Sinne die wesentlichen Probleme der Strafrechts-Reform darstellen. Dahin gehören mindestens und notwendig:

1. Die strafrechtliche Behandlung der jugendlichen Personen. 2. Die strafrechtliche Behandlung der geistig Minderwerten. 3. Die strafrechtliche Behandlung von Rückfall und gewerbsmäßigem Verbrechertum. 4. Die richterliche Strafzumessung (verbunden mit der strafrechtlichen Behandlung des Versuchs). 5. Das Strafmittelsystem. 6. Der Strafvollzug einschließlich wiederholter Prüfung der bedingten Verurteilung und bedingten Begnadigung.

Nach längerer Debatte wurden diese Anträge schließlich mit der Maßgabe angenommen, daß unter die Worte: „aber nicht drängende" und Punkt 3 zu streichen ist.

*

Die Abteilung für Privatrecht beschäftigte sich mit dem Schutz der Bauhandwerkerforderungen. Nach sehr langer Besprechung gelangte folgender Antrag des Professors Dr. Heymann in Königsberg i. Pr. fast einstimmig zur Annahme:

„Der Deutsche Juristentag befürwortet von den beiden amtlich veröffentlichten Entwürfen des Gesetzes zum Schutze der Bauhandwerkerforderungen den Entwurf B als geeignete Grundlage für gesetzgeberische Maßregeln."

Partei-Nachrichten.

Zum Parteitage macht das Lokalkomitee in München bekannt, daß zum Empfang der Delegierten und Gäste vom Freitagmittag an am Centralbahnhof Parteigenossen, erkenntlich an schwarz-gelben Schleifen mit rotem Stern, anwesend sein werden. Diese Genossen werden die Delegierten in ihre Quartiere begleiten und ihnen nach jeder Richtung zu Diensten stehen.

Die Aufstellung der socialdemokratischen Kandidaturen für die nächsten Reichstagswahlen ist im Gau Nordbayern (der die drei fränkischen Kreise und die Oberpfalz umfaßt) schon fast überall erfolgt, und zwar in folgender Weise:

Neumarkt i. O.: Karl Eußner, Schlosser, Nürnberg. Neunburg v. Wald: Michael Weiß, Rentner, Weiden. Weiden-Neustadt: Anton Rackl, Gauvorstand, Nürnberg. Hof: Daniel Stücklen. Bayreuth: Karl Hugel, Schneidermeister, Bayreuth. Forchheim-Kulmbach: Georg Deinhart, Malermeister, Erlangen. Kronach-Lichtenfels: Anton Walter, Landtags-Abgeordneter, Coburg. Bamberg: Konrad Dorn, Arbeitersekretär, Nürnberg. Nürnberg-Altdorf: Dr. Albert Südekum. Fürth-Erlangen: Martin Segitz. Eichstädt-Weißenburg: Karl Breder, Cigarrenhändler, Nürnberg. Dinkelsbühl: Johann Merkel, Landtags-Abgeordneter, Nürnberg. Rothenburg-Neustadt a. Aisch: Friedr. Zick, Magistratsrat, Fürth. Aschaffenburg: Edm. Gräf, Arb.-Sekr., Frankfurt a. M. Lohr: Georg Diehl, Verbandsvorstand, Frankfurt a. M. Neustadt a. d. Saale-Kissingen: Paul Fiedler, Magazinier, Schweinfurt. Schweinfurt-Haßfurt: Joseph Säckler, Gastwirt in Schweinfurt. Die Wahlbkreise Regensburg, Amberg, Ansbach-Schwabach, Kitzingen und Würzburg werden in allernächster Zeit ihre Kandidaten nominieren.

Die politische Organisation im Gau Nordbayern hat in der letzten Zeit bedeutende Fortschritte gemacht. Die Zahl der Vereine beträgt 72. Die Mitgliederzahl ist auf ungefähr 14 500 gestiegen. In den Städten wurde eine bedeutende Erhöhung der Mitgliederzahl durch die Bezirkseinteilung erzielt.

Auch die Parteipresse hat Fortschritte zu verzeichnen. Die „Fränkische Tagespost" hat jetzt eine Auflage von 11 000, die „Würzburger Fränkische Tagespost" von 1400, die „Oberfränkische Volkszeitung" von 2400, die „Fürther Bürgerzeitung" von 4000 Exemplaren. Die Genossen von Würzburg wollten ab 1. Oktober eine eigne Zeitung herausgeben, das Projekt ist jedoch gescheitert, da der Drucker zurückgetreten ist.

Totenliste der Partei. Die Genossen in Pößneck begruben am Dienstag einen ihrer ältesten Mitkämpfer, den Händler Louis Gruner. Er war einer der ersten, die in Pößneck für die Sache des Proletariats eintraten und hat die Partei jahrelang im Gemeinderat vertreten. Alter und Krankheit ließen ihn in den letzten Jahren aus den vordersten Reihen zurücktreten, doch blieb er der Sache des arbeitenden Volkes stets treu.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Vom Danziger Kriegsschauplatze.

Die Inhaberin des Parteilokals in Danzig, Frau Berger, hatte gegen das Verbot der Benutzung ihres Lokals selbst durch geschlossene Gesellschaften Beschwerde beim Regierungspräsidenten führen lassen. Darauf erfolgte jetzt der nachstehende Bescheid;

Danzig, den 31. August 1902.

Der Regierungs-Präsident.
Eingangs-Nr. A I 2291/8.

Die von Ihnen Namens der Frau Berger, geb. **Foth,** wohnhaft Brodbänkengasse 11 hierselbst, erhobene Beschwerde über die Verfügung des Herrn Polizeipräsidenten vom 5. Juli d. J., betr das einstweilige Verbot der ferneren Benutzung des Lokales Brodbänkergasse Nr. 11 zu Versammlungszwecken, weise ich nach Prüfung des Sachverhalts als unbegründet zurück.

Die angestellten amtlichen Ermittlungen über die Vorgänge gelegentlich der Versammlungen in dem genannten Lokale vom 26. Juni dieses Jahres und 3. Juli dieses Jahres haben ergeben, daß weder der zu Versammlungszwecken benutzte **Raum seiner Beschaffenheit nach** den überwachenden Polizeibeamten ausreichende **Garantien für die Möglichkeit der Aufrechterhaltung von Ruhe, Sicherheit und Ordnung** in erregten Versammlungen bietet, noch andrerseits die Konzessionsinhaberin selbst, Frau Berger, bei diesen Gelegenheiten die vorgekommenen Ausschreitungen zu verhindern im stande oder gewillt gewesen ist.

Frau Berger steht unzweifelhaft **unter dem Einfluß ihres** zur Zeit wegen Ausschreitungen in der Versammlung am 26. Juni d. J. **in Untersuchungshaft befindlichen Ehemannes** und übt den Geschäftsbetrieb entweder nach den Intentionen desselben und seiner Parteigenossen aus, oder sie steht denselben machtlos gegenüber.

Daß unter diesen Umständen eine den Erfordernissen der öffentlichen Ordnung entsprechende Geschäftsführung zunächst von Frau Berger nicht zu erwarten ist, erweisen die seit dem 5. Juli vorgekommenen zahlreichen Uebertretungen der für das Lokal festgesetzten Polizeistunde, wie auch die Duldung der Abhaltung einer Versammlung am 15. Juli trotz des polizeilichen Verbots. Im Hinblick auf diese in der Person der Konzessionsinhaberin liegenden Gründe rechtfertigt sich auch die allgemeine Fassung des polizeilichen Verbots für Versammlungen jeder Art. Es ist festgestellt, daß die Vermietung des Lokals an geschlossene Gesellschaften, von denen jede zur ausschließlichen Benutzung des gemieteten Raumes hätte berechtigt sein sollen, in unzulässiger Weise ausgenutzt worden ist. So sollten am 5. Juli d. J. sieben Vereine ihre Kassenabende zu gleicher Zeit in dem **räumlich ungeteilten Lokale** abhalten und es hatten sich bald nach 8 Uhr bereits **35** Personen eingefunden. Die Gleichheit der politischen Stellung der Gäste des Lokals rechtfertigt die Annahme, daß Frau Berger unter dem Deckmantel der Vermietung an geschlossene Gesellschaften **die Abhaltung politischer, polizeilich nicht überwachter Versammlungen fördert** oder duldet.

Ich sehe mich deshalb nicht in der Lage, die zutreffend begründete polizeiliche Verfügung vom 5. Juli d. J. ihrem Antrage entsprechend aufzuheben oder abzuändern.

In Vertretung: **Fornet.**

An
Herrn Rechtsanwalt Thun
Hier.

Das Verbot der Abhaltung der Kassentage wurde vom Regierungspräsidenten unterm gleichen Datum mit wörtlich derselben Begründung für rechtsgültig erklärt.

Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, daß in den Versammlungen, auf die sich das Verbot angeblich stützt, gar keine Ausschreitungen weiter vorgekommen sind, als daß der Polizeikommissar Sachße in der Versammlung am 3. Juli, die er auflöste, weil ein Redner ihn in die Debatte zog, **einen geladenen Revolver** auf die ruhig das Lokal verlassenden Versammlungsteilnehmer richtete. Abgesehen davon, daß sich das Verbot also auf Voraussetzungen stützt, die gar nicht zutreffen, sind seine Gründe derart, daß sie einander selbst aufheben.

Im Anfange wird gesagt, daß das Lokal seiner Beschaffenheit wegen die Möglichkeit der Aufrechterhaltung der Sicherheit nicht bietet und später heißt es, das Lokal sei räumlich ungeteilt und es werden 35 Personen bereits als ein starker Besuch behandelt; sieben Vereine könnten darin nicht gleichzeitig ihre Beiträge einziehen. Wenn das zutrifft, dann kann es doch nur ein verhältnismäßig kleines, leicht zu übersehendes Zimmer sein, in dem die Sicherheit und Ordnung sehr leicht aufrechtzuerhalten sein muß. Entweder ist das Lokal so groß und unübersichtlich gebaut, daß die Polizeibeamten für Aufrechterhaltung der Sicherheit nicht einstehen

können; dann können die sieben geschlossenen Gesellschaften wohl ungehindert ihre 35 zahlende Mitglieder expedieren. Oder es ist so klein, daß diese 35 Personen einander im Wege sind; dann kann wohl ein einziger Polizist die Sicherheit genügend wahren.

Ob die 7 Vereine mit den 35 Besuchern eine unangemeldete politische Versammlung abhalten wollten, das hätte die Polizei doch erst thatsächlich abwarten müssen; ihre bloße Vermutung ist ein ganz unzulänglicher Grund für das Verbot.

Lustig ist die Behauptung, daß Frau Berger in ihrem Handeln am 5. Juli von ihrem Manne beeinflußt worden sein soll, der, wie der Bescheid selber sagt, schon am 26. Juni in Untersuchungshaft genommen worden ist, also seit dieser Zeit auf seine Frau doch gar nicht mehr einzuwirken vermochte.

Der Bescheid des Regierungspräsidenten zeigt, daß es sich um nichts wie um eine planmäßige Bekämpfung der Arbeiterbewegung am Orte durch Anwendung polizeilicher Machtmittel handelt, für die dann eben eine „Begründung" unter allen Umständen gesucht werden muß, sie sei, wie sie wolle.

Aus Industrie und Handel.

Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft. Einen interessanten Beitrag zur Beurteilung des Wertes der deutsch-ostafrikanischen Besitzung liefert der soeben von der obigen Gesellschaft erstattete Geschäftsbericht für 1901. Wie dieser konstatiert, sind die Preise einer Reihe von Produkten, welche die Gesellschaft in Deutsch-Ostafrika, Sansibar und Madagaskar aufkauft, um sie auf den europäischen Markt zu bringen, dermaßen zurückgegangen, daß in diesem Teil des Geschäfts mehrfach beträchtliche Verluste entstanden. Infolge dessen haben die Generalvertretung in Sansibar und die Faktoreien Ostafrikas denn auch nur einen Gewinn von 40 589 M. erbracht, während die Niederlassung Rossibs-Majunga sogar einen Verlust von 16 250 M. aufweist. Wenn trotzdem die Gewinn- und Verlustrechnung des Gesamtgeschäfts immerhin noch mit einem Gewinn von 214 184 Mark abschließt, erklärt sich das aus den bedeutenden Einnahmen aus Provisionen, Zinsen und aus der Münzprägung. Die Stammanteile erhalten keine Dividende, nur die mit 70 Proz. eingezahlten Vorzugsaktien sollen nach Vorschlag der Verwaltung 5 Proz. erhalten, wofür 105 000 M. ausgesetzt werden. Von dem dann noch verbleibenden Gewinn werden 17 689 M. zurückgestellt, 82 304 M. dem Versicherungsfonds und 36 381 M. dem Delkrederefonds überwiesen und der Rest von 22 800 auf neue Rechnung vorgetragen.

Ueber die Ergebnisse des Plantagenbaues, speciell über den Versuch des Kaffee-Anbaues teilt der Bericht mit, die Kaffeeplantage Usuri habe im Berichtsjahre 57 211 Kilogramm enthülsten Kaffee geliefert, wofür 62 753 M. erlöst wurden. (Das Vorjahr hat 54 500 Kilogramm mit einem Erlös von 69 598 M. erbracht.) Auf der Plantage Muoa ist die Anzahl der Kokospalmen nicht vermehrt worden. Auf der Plantage Kilogwe-Mwera hat sich die Sisal-Kultur den Erwartungen entsprechend weiter entwickelt. Die Ernte im Jahre 1901 hat 45 238 Kilogramm ausgemacht, wofür 26 059 M. gelöst wurden. Mit der Liberia-Kaffee-Pflanzung auf Mwera, der schon früher kein günstiges Prognostikon hatte gestellt werden können, wurde neuerdings fast ganz aufgeräumt, um den bereits bearbeiteten Boden für die Sisal-Pflanzung ausnutzen zu können.

Baumwollernte in den Vereinigten Staaten. Nach einer auf Grund der Ablieferungsziffern vorgenommenen Zusammenstellung der Londoner Firma Neilt Brothers stellt sich für das Jahr 1901/02 der Ertrag der Gesamt-Baumwollernte in den Vereinigten Staaten auf rund 10 681 000 Ballen, wovon 7 639 000 an die Hafenplätze gelangten, 1 104 000 nach Kanada und in die Spinnereien gesandt und 1 938 000 Ballen von den Spinnereien der Südstaaten aufgenommen wurden. Für die letzten fünf Jahre ergiebt die Zusammenstellung folgende Zahlen (in Ballen):

	Hafen-zufuhr	Land-zufuhr	Verbrauch im Süden	Gesamt-ernte
1901/02 . . .	7 639 000	1 104 000	1 938 000	10 681 000
1900/01 . . .	7 622 000	1 140 000	1 621 000	10 383 000
1899/00 . . .	6 678 000	1 161 000	1 597 000	9 436 000
1898/99 . . .	8 530 000	1 345 000	1 400 000	11 275 000
1897/98 . . .	8 730 000	1 238 000	1 232 000	11 200 000

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zum Dreher-Streik bei Borsig erläßt der Verband Berliner Metallindustrieller soeben folgendes Rundschreiben: Infolge eines bei der Firma A. Borsig ausgebrochenen Dreher-Streiks hat die Vertrauenskommission in ihrer heutigen Sitzung einstimmig beschlossen:

Vom 9. d. M. abends ab dürfen bis auf weiteres in den Verbandswerkstätten Arbeiter bezw. Arbeiterinnen irgend welcher Art nicht eingestellt werden, auch nicht als Ersatz für entlassene Arbeiter.

Infolge dieses Beschlusses wird die Arbeitsnachweisstelle ihren Betrieb vom 10. d. M. morgens ab bis auf weiteres einstellen und die ihr gewordenen Aufträge nur in soweit erledigen, als ihr dieselben bis zum 9. d. M., abends 6 Uhr, zugehen.

Von der eventuellen Aufhebung vorstehenden Einstellungsverbotes wird den Mitgliedern des Verbandes zeitgerecht Mitteilung gemacht werden.

Die Vertrauens-Kommission
des Verbandes Berliner Metall-Industrieller.
In Vertretung des Vorsitzenden:
L. Keyling.

Die Arbeiter werden nicht verfehlen, die Antwort auf diese neueste Maßnahme des Unternehmer-Verbandes zu geben.

Achtung, Töpfer! Hinweisend auf die in dieser Nummer enthaltene Annonce betreffend die gesperrten Firmen sehen wir uns genötigt, den Sachverhalt etwas näher zu beleuchten, wie er sich auf dem Bau Charlottenburg, Friedbergstraße, wo ein „Restauratem" Streck die Töpferarbeiten ausführt, zugetragen hat. Die dort beschäftigten Kollegen hatten den Töpferträger aufgefordert, sich seiner Organisation anzuschließen, was selbiger auch versprach, aber nicht ausführte, sondern Feierabend machte. Die Kollegen, durch den Arbeitgeber Streck aufgefordert, einen andren Träger zu besorgen, kannen dem nach. Als ein solcher erschien, wurde ihm mitgeteilt, daß er nicht anfangen brauche, da sich andre Töpfer gefunden hätten, die auch mit unorganisierten Trägern zusammen arbeiten würden. Nach einiger Zeit erschienen denn auch diese Herren. Unsre Mitglieder ersuchen wir, die gesperrten Firmen streng zu meiden.

Der Vorstand der Filiale Berlin.

Deutsches Reich.

Die Steinsetzer und Rammer in Kottbus sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern eine Erhöhung des Stundenlohns von 45—50 auf 50—55 Pfennig für Steinsetzer, von 30 auf 35 Pf. für Rammer. Es handelt sich zum allergrößten Teil um Arbeiter, die nicht in Kottbus, sondern auswärts, zum Teil sogar in Großstädten ihren Wohnsitz und somit die Kosten eines doppelten Haushaltes zu bestreiten haben, denen es deshalb absolut unmöglich ist, mit den jetzt gezahlten Löhnen auszukommen. Die den Arbeitgebern, bezw. der Stadt gestellte Frist läuft bis Freitag. Die Situation ist ungemein günstig, da ganze Straßen offen liegen. Alle Arbeiter sind organisiert. Aus letzterem Grunde ist den Steinsetzermeistern vom Verbandsvorstand der Arbeiter auch der Abschluß eines Tarifvertrages angeboten. Zuzug ist bis auf weiteres fernzuhalten.

Der Streik der Tischler in Stolp dauert unverändert fort. In sechs Betrieben sind die Forderungen bewilligt und die Arbeit wieder aufgenommen. In den übrigen Betrieben waren die Verhandlungen bisher ergebnislos.

Die Metallschläger in Nürnberg streiken. Die Metallschläger-Meister haben den von ihnen gewünschten einheitlichen Lohntarif nach verschiedenen Verhandlungen mit dem deutschen Metallarbeiter-Verband abgelehnt und die am 15. Juli getroffenen Vereinbarungen durchbrochen. Infolgedessen haben die Nürnberger Metallschläger und Einlegerinnen jetzt den Streik beschlossen. Bei fünf Firmen ist die Arbeit bereits niedergelegt, bei den übrigen ist gekündigt worden.

Austritt aus der Organisation verlangt die Schuhfabrik von Eberle u. Treibmann in Dresden von den Ausständigen, die sich zur Wiederaufnahme der Arbeit melden. Da auf diese schuhähnliche Bedingung selbstverständlich niemand eingehen kann und die Firma sich gegenüber allen Versuchen des Vereins deutscher Schuhmacher behufs Beilegung des Konflikts ablehnend verhalten hat, so ist ein Ende des Kampfes noch nicht abzusehen.

Der Tischlerstreik in Zeulenroda ist, wie die „Reuß. Volksztg." mitteilt, verloren. Fünfzehn Wochen hatten die streikenden Arbeiter im Kampf ausgehalten.

Der Verband der Lithographen, Kartographen rc. hielt seinen Verbandstag am 8. und 9. September in Leipzig ab. Daselbst wurde berichtet, daß die Verhandlungen zwecks Verschmelzung mit dem (alten) Verband der Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen gescheitert sind, und daß es auch nicht zum Anschluß an die Generalkommission gekommen ist. Der Verbandstag beschloß, Tarifgemeinschaften mit den Unternehmern nicht einzugehen und die Ausführung des Beschlusses des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen, der den Abschluß von Tarifgemeinschaften befürwortet, zu verhindern, da den Lithographen mit einer schematischen Regelung der Arbeitsverhältnisse nicht gedient sei. Im übrigen sei eine friedliche Vereinbarung über die Arbeitsbedingungen mit den Unternehmern zu empfehlen. Ferner lag ein Antrag vor, der eine Kommission eingesetzt wissen will, welche eine Grundlage für die Einigung der in zwei Verbänden organisierten Lithographen schaffen soll. Wie in der Diskussion hervorgehoben wurde, ist das Bestreben nach einer Einigung im Verbande der Lithographen vorhanden, so lange der alte Verband auf dem Standpunkte der bedingungslosen Auffangung bestehe, sei vorläufig an eine Einigung nicht zu denken. Der Verbandstag gab seiner Meinung dahin Ausdruck, jeder Zeit zu einer Einigung bereit zu sein, jedoch nicht zu einer Vereinigung innerhalb des alten Verbandes, sondern zu dem Zwecke, daß sich eine allgemeine Lithographen-Organisation bildet. Von der Wahl einer Kommission wurde abgesehen.

Ausland.

Der National-Kongreß der belgischen Bergleute tagte am 7. September in Charleroi. Zur Verhandlung stand die Frage des Achtstundentags bezw. die Mittel zur Erringung desselben. In der Hauptsache wurden drei Wege vorgeschlagen: die Bergarbeiter sollten allgemein an jedem Arbeitstage nach der achten Stunde die Arbeit einstellen; der Generalstreik, und drittens der Weg durch die Gesetzgebung. Der erste und zweite Vorschlag wurde verworfen, weil bei diesem zu große Anforderungen an das Solidaritätsgefühl des einzelnen Arbeiters gestellt werden; weder sei die Aufklärung unter den belgischen Bergarbeitern weit genug vorgeschritten, noch sei die Organisation stark genug. Fast einstimmig gelangen die Vorschläge Maroilles zur Annahme, welche dahin gehen: Abhaltung von Versammlungen im ganzen Lande, um nicht blos die Bergarbeiter, sondern auch die Oeffentlichkeit von der Notwendigkeit der Reformen zu überzeugen; Massenpetitionen; der Kammer wird bei ihrem Zusammentritt ein Gesetzentwurf unterbreitet, der auf der Basis des französischen beruht; große Straßendemonstrationen der Bergleute in allen Distrikten.

Der zweite Verhandlungsgegenstand betraf die Alterspension für Bergleute. Die von den Bergleuten vom Staate geforderte Pension soll für Arbeiter unter Tage mit dem zurückgelegten 50., für die über Tage arbeitenden mit dem 55. Lebensjahre beginnen und 600 Fr. pro Jahr betragen. In die Pensionskasse sollen die Arbeiter 3 Prozent ihres Lohnes zahlen; die Unternehmer hätten für jeden ihrer Arbeiter einen gleichen Betrag beizusteuern. Außerdem soll der Staat ebenfalls und zwar $^2/_3$ der obigen Betragshöhe hinzufügen.

Streikstatistik in Frankreich. Die Zahl der im Monat Juli begonnenen Streiks betrug nach amtlichen Erhebungen 35, an denen insgesamt 6434 Personen beteiligt waren. Im Juli 1901 waren 30 Streiks zu verzeichnen; der Durchschnitt während der letzten 5 Jahre jedoch belief sich auf 58. Von den 35 Streiks erstreckten sich 25 auf nur je einem Betrieb. Bei der Mehrzahl, nämlich bei 20, handelte es sich um Lohnforderungen der Arbeiter. Von den im Monat Juli zu Ende gegangenen 30 Streiks endeten für die Arbeiter erfolgreich 7, erfolglos 11, durch Kompromiß 12.

Die Arbeiter der Eisenhütten von Decseville (Frankreich) befinden sich im Streik; die Puddler haben beschlossen, ebenfalls in den Ausstand zu treten, sobald die Ausständischen dies von ihnen verlangen.

Die Maurer in Barcelona sind in den Ausstand getreten. Die Arbeit ruht auf fast allen Bauten. Die Ursache des Ausstandes sind Lohnforderungen.

Aus der Frauenbewegung.

Parteigenossinnen! Arbeiterinnen!

Auf die Wichtigkeit der Versammlungen gegen Fleischwucher und Grenzsperre, die heute abend in Berlin und Umgebung stattfinden, weisen wir besonders die Frauen hin. Sie sind es, die mit dem geringen Wirtschaftsgelde auskommen müssen. Sie müssen rechnen und wieder rechnen, um mit den wenigen Groschen Haus zu halten. Konnten sie früher für den Mann ein kleines, aber gutes Stück Fleisch kaufen, von welchem vielleicht noch ein Bissen für die Kinder abfiel, sie selbst mußten mit Kartoffeln häufig genug vorlieb nehmen, so werden sie jetzt bei den hohen Fleischpreisen zum Stückenfleisch greifen müssen. Auch wird die Nachfrage nach dem auf der Bank verkauften Fleisch steigen. Viele Hausfrauen, welche früher der Ekel zurückhielt, wird die Not dazu treiben, dieses minderwertige Fleisch zu kaufen; denn dasselbe wird erst auf dem Viehhof gekocht, um es wenigstens genußfähig zu machen, dadurch wird natürlich Nährstoff entzogen und die Arbeiter dürfen mit dem widerlichen Fleisch ihren Magen betrügen.

Kommt in die Versammlungen, bringt Eure Nachbarinnen und Freundinnen mit und laßt Euch dort belehren, wer schuld am Fleischwucher hat.

Die Vertrauensperson.

Der Bund deutscher Frauenvereine hält in den Tagen vom 6. bis 9. Oktober seine fünfte Generalversammlung in Wiesbaden ab. In den öffentlichen Konferenzen der Kommissionen für Arbeiterinnenschutz, zur Bekämpfung des Alkoholismus und für Erziehungsfragen werden die Themata: „Schutz der Konfektionsarbeiterinnen", „der Erlaß des preußischen Kultusministers betreffend Schule und Alkoholismus", „Belehrung über die geschlechtlichen Verhältnisse in Schule und Haus" zur Besprechung gelangen. — Für drei öffentliche Abend-Versammlungen sind folgende Vorträge mit anschließender Diskussion in Aussicht genommen: 1. a) „Die ethische Bedeutung der wissenschaftlichen Bildung". b) „Die Reform der höheren Mädchenschule"; 2. a) „Die wirtschaftlichen Ursachen der Prostitution", b) „Die Gefährdung der Jugend und das Fürsorge-Erziehungs-Gesetz"; 3. a) „Das Vereins- und Versammlungsrecht", b) „Die Politik und die Frauen".

Gerichts-Zeitung.

Die Juwelen- und Gelddiebstähle, welche in den ersten Monaten d. J. in Berlin ausgeführt wurden und wegen des kolossalen Wertes der erbeuteten Gegenstände besonderes Aufsehen erregten, gelangten gestern vor der ersten Ferienstrafkammer des Landgerichts I unter dem Vorsitz des Landgerichtsrat Dietz zur Erörterung. Auf der Anklagebank befanden sich folgende Personen: 1. der Schleifer Adolf Gutschow, 2. Handelsmann Arnold Metzler, 3. Schankwirt Eugen Jeanrenaud, 4. Scheide-Anstalts-Besitzer Johannes von der Poppenburg und 5. Silberschmelzer Paul Reinwarth. Die beiden ersten Angeklagten waren des mehrfachen schweren Diebstahls, die übrigen der schweren bezw. einfachen Hehlerei beschuldigt. Der Angeklagte Metzler hatte in der letzten Zeit wiederholt an Tobsuchtsanfällen gelitten, er wurde deshalb fortgesetzt von zwei Schutzleuten beobachtet, auch wohnte der Gefängnisarzt Dr. Puppe der Verhandlung bei. Auf dem Zeugentische lagen ein vielfach versiegelter leinener Beutel und viele Pakete. Dieselben enthielten diejenigen Gegenstände, welche noch bei den Angeklagten gefunden wurden. Am 18. Oktober v. J. war bei dem Juwelier Fiebig, Kommandantenstr. 17, ein Einbruch begangen worden, wobei den Dieben Juwelen und Goldsachen zum Werte von etwa 22 000 Mark in die Hände gefallen waren. Die Thäter dieses Diebstahls wurden nicht ermittelt. Am 13. März dieses Jahres wurde ein Einbruchsdiebstahl unter ganz gleichen Umständen beim Juwelier Joachimsohn, Königstr. 50, ausgeführt, und dann folgte am 12. Mai ein dritter Diebstahl beim Juwelier Petermann, Schönhauser Allee 188. Bei Joachimsohn wurden für 54 000 M., bei Petermann für 25 000 M. Wertsachen gestohlen. Die Spuren der Thäterschaft führten auf den Schleifer Gutschow, welcher verhaftet wurde und auch das Geständnis ablegte, welches er im gestrigen Termin wiederholte. Er gab an, daß er die beiden letzten Einbrüche in Gemeinschaft mit dem aus Paris stammenden Handlungsgehilfen Eugen Jilly ausgeführt habe. Jilly, ein äußerst gefährlicher Mensch, sei sein böser Geist und Verführer gewesen, der auch die Gelegenheit zu den Diebstählen — ausbaldowert habe und im Besitz der vorzüglichsten Werkzeuge gewesen sei. Zur Fortschaffung der beim ersten Diebstahl erbeuteten Goldsachen habe Jilly gleich einen Koffer mit an Ort und Stelle gebracht. Den Koffer hätten sie nach seiner, Gutschows Wohnung, auf den Boden gebracht, nachdem Jilly eine Anzahl goldener Ketten an sich genommen, die sie am folgenden Tage zum Angeklagten Jeanrenaud gebracht hätten, der dafür 500 M. zahlte, die zwischen Jilly und ihm geteilt worden seien. Dann habe er sich von Jilly verleiten lassen, auch an dem Diebstahl bei Petermann teilzunehmen, und nachdem dieser geglückt war, habe Jilly gegen seinen Gehilfen, den Angeklagten Gutschow, einen Treubruch begangen. Um sich in den alleinigen Besitz des wertvollen Koffers zu setzen, habe Jilly sich drei Leute angenommen, welche sich als Kriminalbeamte ausgeben und angeblich im Auftrage der Behörde in der Gutschowschen Wohnung eine Haussuchung vornehmen mußten. Dieselben hätten dem Jilly den Koffer ausgeliefert und der letztere sei dann mit der ganzen Beute auf und davongegangen. Der Vorsitzende erkannte an, daß Gutschows Schilderung des Jilly der Wahrheit entsprechen könne, leider sei derselbe, der sich in England aufhalten sollte, nicht zu ermitteln gewesen. Der Angeklagte Jeanrenaud gab zu, daß er mehrfach von Jilly und Gutschow Goldsachen und Brillanten gekauft habe und auch habe annehmen müssen, daß die Sachen nicht auf ehrliche Weise erworben waren. Jeanrenaud behauptete bei seiner ersten Vernehmung, daß Jilly und der Angeklagte Metzler ihm bereits im November v. J. eine Anzahl Goldsachen verkauft hätten und daraus zog die Behörde den Schluß, daß die beiden Genannten den Diebstahl bei Fiebig in der Kommandantenstraße ausgeführt hätten. Darauf wurde auch Meyler, der kürzlich eine vierjährige Zuchthausstrafe verbüßt hatte, in Haft genommen. Metzler bezeichnete im Termin die Bezichtigung Jeanrenauds als eine „freche Lüge" und trat einen Alibibeweis dafür an, daß er sich in der fraglichen Nacht in einem Tanzlokal in der Oranienstraße befunden habe. Dieser Beweis stieß auf Schwierigkeiten, so daß zwecks Ladung neuer Zeugen die Sache gegen Metzler ausgeschieden werden mußte. Die Angeklagten Ad. Poppenburg und Reinwarth sind dadurch in die Sache verwickelt worden, weil sie seit längerer Zeit mit Jeanrenaud in Verbindung gestanden hatten und ihm verschiedene Goldsachen und Juwelen abgenommen hatten. Diese beiden Angeschuldigten bestritten mit aller Entschiedenheit auch die geringste Schuld. Jeanrenaud sei von Hause aus Goldarbeiter, sein Vater habe ein Geschäft in der Leipzigerstraße gehabt. Dies sei ihnen bekannt gewesen und sie hätten deshalb den Angaben Jeanrenauds, daß die Sachen aus dem Nachlasse seines Vaters stammten, Glauben schenken müssen. Würden sie Verdacht geschöpft haben, so würden sie sich wohl die Belohnung von 3000 M., die auf die Ermittelung der Thäter des Diebstahls bei Joachimsthal ausgesetzt war, zu verschaffen versucht haben.

Der Gerichtshof sprach die Angeklagten Poppenburg und Reinwarth frei, verurteilte Gutschow zu fünf Jahren Zuchthaus, Ehrverlust und Polizei-Aufsicht, Jeanrenaud zu drei Jahren Zuchthaus, Ehrverlust und Polizei-Aufsicht. Je zwei Monate wurden durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet.

Versammlungen.

Die Bleiglaser, Messingglaser und Glasmaler hielten gestern in den „Arminhallen" eine gutbesuchte Versammlung ab, um den Bericht über den Streik entgegenzunehmen. Bisher haben 13 Firmen bewilligt. Die Situation ist günstig. Eine Anzahl solcher Kollegen, die erst fernstanden, haben sich den Kämpfenden angeschlossen. Scharf gerügt wurde die Gleichgültigkeit der Mehrheit der Maler, die sich als Künstler fühlten und doch schlechter gestellt seien und schlechter behandelt würden, als die Glaser. Die Unternehmer haben außerhalb Berlins schwarze Listen in Umlauf gesetzt. Einige von ihnen, die ihre Lehrlinge über die gesetzlich zulässige Zeit jetzt ausnutzten, wurden der Polizei bekannt gegeben. Die Versammlung hielt den Beschluß aufrecht, wonach die Kollegen, die zu den neuen Bedingungen arbeiten, wöchentlich zum Streikfonds 6 M. zu zahlen haben. — Die nächste Versammlung, zu der die Meister eingeladen werden, findet Freitagvormittag 10 Uhr in den Arminhallen statt.

Berichtigung. In der von der letzten Versammlung der Berliner Gewerkschafts-Kommission angenommenen Resolution (Nr. 211 des „Vorwärts") hat der Druckfehler-Teufel im vierten Absatz das Wort „centralistischer" in „socialistischer" verwandelt und dadurch den Sinn des Satzes entstellt. Derselbe lautet in richtiger Fassung:

„Der wirtschaftliche Kampf der Arbeiter hat zur Grundbedingung eine alle Kollegen umfassende Berufsorganisation, welche sich über das ganze Land erstreckt und auf streng centralistischer Grundlage aufgebaut ist."

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Oberhausen, 10. September. (W. T. B.) In einem Hause, in dem sechs polnische Familien wohnten, brach **Feuer** aus. Die Polizei fand in einem Zimmer sieben Dynamitpatronen, sowie eine große Anzahl Zündschnüre und Zündhütchen. Ein polnischer Bergmann und dessen Kostgänger wurden verhaftet.

Aus Straßburg i. E. wird der „Frankfurter Zeitung" gemeldet: Die reichsländischen klerikalen Abgeordneten beschlossen in einer gestern hier stattgehabten vertraulichen Besprechung, in nächster Zeit eine große Versammlung zu veranstalten, in der zu der Frage des Anschlusses an das Centrum Stellung genommen werden soll.

Arad, 10. September. (B. H.) Wallachische Zigeuner steckten nachts eine Scheune in **Brand,** in der zahlreiche Wallfahrer übernachteten. Acht Personen kamen in den Flammen um, neun erlitten schwere Brandwunden.

London, 10. September. (B. H.) Nach fünftägigen ununterbrochenen Arbeiten ist es gelungen, drei in der vorigen Woche in der Nähe von Blackeney **verschüttete Grubenarbeiter** zu retten. Die Aerzte hoffen dieselben am Leben zu erhalten, obgleich sie infolge der Entbehrungen und der schlechten Luft sehr schwach sind. Sieben Arbeiter wurden als Leichen aufgefunden.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Nr. 212. 19. Jahrgang. **Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt.** Donnerstag, 11. September 1902.

Arbeiter, Handwerker, Parteigenossen! Thut Eure Schuldigkeit und protestiert durch zahlreichen Besuch der heutigen Versammlungen gegen Fleischwucher und Grenzsperre!

Lokales.

Arbeitslosigkeit und Krankenkassen.

Ueber das Ergebnis der Berliner Arbeiter-Krankenversicherung werden jetzt für 1901 vom städtischen Statistischen Amt die üblichen Tabellen veröffentlicht, die aus den Mitteilungen der Krankenkassen an die Aufsichtsbehörden zusammengestellt sind. In diesen Tabellen kommt der Beschäftigungsmangel, unter dem ein großer Teil der Arbeitsbevölkerung Berlins im letzten Jahre zu leiden gehabt hat, deutlich zum Ausdruck. Daß bei den Krankenkassen die Mitgliederzahl im Laufe des Jahres entsprechend der Mehrung oder Minderung der Arbeitsgelegenheit schwankt, das ist eine alljährlich wiederkehrende Erscheinung. Im Jahre 1901 ist aber bei vielen Krankenkassen, zum erstenmal seit einer längeren Reihe von Jahren, auch im ganzen eine Verminderung der Mitgliederzahl eingetreten.

Es interessieren hier besonders die der Aufsicht der städtischen Gewerbedeputation bezw. des Magistratskommissars unterstellten Kassen, die ja den weitaus größten Teil der Gesamtheit der Versicherten in sich schließen, die Orts-, die privaten Betriebs-, die Innungs-Krankenkassen und die Gemeinde-Krankenversicherung. Vom Januar 1901 bis zum Januar 1902 haben sich bei den Orts-Krankenkassen die männlichen Mitglieder von 237 306 auf 228 937 vermindert, die weiblichen von 132 590 auf 133 423 vermehrt, bei den Betriebs-Krankenkassen die männlichen Mitglieder von 67 570 auf 62 941 vermindert, die weiblichen von 13 340 auf 13 287 vermindert. Bei den Innungs-Krankenkassen zeigt die Zahl der männlichen Mitglieder eine geringe Erhöhung, von 38 468 auf 38 593, eine größere die der weiblichen Mitglieder, von 8432 auf 10 762. Die wenigen noch zur Gemeinde-Krankenversicherung gehörenden Personen, 22 männliche und 29 weibliche im Januar 1901, 22 männliche und 32 weibliche im Januar 1902, seien nur der Vollständigkeit wegen mitaufgeführt. Alle oben genannten Krankenkassen zusammen hatten im Januar 1901 noch 343 366 männliche, 154 391 weibliche, überhaupt 497 757 Mitglieder, im Januar 1902 dagegen 330 493 männliche, 157 504 weibliche, überhaupt 487 997 Mitglieder, so daß im Lauf des Jahres 1901 die männlichen Mitglieder sich um 12 873 vermindert, die weiblichen sich um 3113 vermehrt haben, also die Gesamtzahl um 9760 zurückgegangen ist.

Die einzelnen Kassen sind an dieser Aenderung des Mitgliederbestandes in ungleicher Weise beteiligt. Von den Rückgängen wollen wir hier nur eine kleine Auslese geben. Es verminderten sich bei den Orts-Krankenkassen der Schlosser: die männlichen Mitglieder von 13 626 auf 12 684; der Maschinenbauer: die männlichen Mitglieder von 16 319 auf 14 042; der Mechaniker: die männlichen Mitglieder von 9144 auf 7811, die weiblichen von 1756 auf 1284; der Zimmerer: die männlichen von 1945 auf 1749; der Tischler: die männlichen von 12 600 auf 11 605; der Maler: die männlichen von 2585 auf 2294; der Bildhauer: die männlichen von 2706 auf 2413; der Tapezierer: die männlichen von 3000 auf 2589; der Wäschefabrikation: die weiblichen von 19 031 auf 18 320. Bei den Betriebs-Krankenkassen verminderten sich „Ludwig Löwe u. Co.": die männlichen Mitglieder von 1296 auf 918; „Neue Maschinenbauer-Krankenkasse" die männlichen von 24 254 auf 22 177; „Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft": die männlichen von 11 197 auf 9147, während dagegen bei der Krankenkasse der „Union, Elektricitäts-Gesellschaft" die männlichen Mitglieder sich von 2276 auf 2604 vermehrten. Auch das verdient Erwähnung, daß bei der Krankenkasse „Warenhaus Tietz" die männlichen Mitglieder von 717 auf 309, die weiblichen von 1500 auf 908 sich verminderten. Von den Innungs-Krankenkassen hatten besonders die der Tischler eine Verminderung der männlichen Mitglieder von 16 260 auf 14 579, die der Drechsler eine Verminderung der männlichen Mitglieder von 1512 auf 1269.

Einige Kassen fallen durch Erhöhung des Mitgliederbestandes auf, unter andern namentlich die Kassen der Schneider. Hier spricht offenbar der Umstand mit, daß die Krankenversicherungspflicht auch auf selbständige Hausgewerbetreibende ausgedehnt worden ist — eine Maßregel, die besonders für die Schneiderei von Bedeutung war. Es vermehrten sich bei der Innungs-Krankenkasse die männlichen Mitglieder von 2459 auf 3490, die weiblichen von 2669 auf 4519, bei der Orts-Krankenkasse die männlichen von 2319 auf 2516, während hier die weiblichen Mitglieder sich von 20 454 um ein geringes auf 20 314 verminderten. Ohne den Mitgliederzuwachs der Schneiderinnungs-Krankenkasse hätte die Gesamtheit der Innungs-Krankenkassen bei den weiblichen Mitgliedern nur einen geringen Zuwachs, bei den männlichen sogar eine Verminderung gehabt.

Kirchliches. In freisinnigen Blättern veröffentlicht der Pastor Neidhardt zu Hamburg einen offenen Brief an den Evangelischen Oberkirchenrat zu Berlin. Neidhardt gehört zur liberalen Richtung in der Theologie und war in Charlottenburg zum Oberpfarrer gewählt worden. Das Konsistorium und der Oberkirchenrat haben den Geistlichen aber nicht bestätigt, weil er sich eines unwürdigen Wandels schuldig gemacht haben soll. Pastor Neidhardt setzt nun in dem offenen Brief auseinander, wie er zu dem unwürdigen Lebenswandel gekommen ist. Er schreibt:

„Das Konsistorium zu Berlin hat in Anwendung einer Gesetzesbestimmung, welche lautet:

„Ein Bewerber darf sich nur den zu gemeinschaftlicher Sitzung vereinigten Gemeinde-Organen, und zwar auf Einladung des Gemeindekirchenrates anläßlich der von ihm gehaltenen Gastpredigt, persönlich vorstellen. Einem Gewählten, welcher entgegen dieser Vorschrift durch persönliches Werben um Stimmen oder in andrer Weise durch unwürdige Mittel auf seine Wahl einzuwirken versucht hat, ist die Bestätigung zu versagen."

erkannt, daß ich nicht bestätigt werden könne,

„weil ich nach der Gastpredigt, also vor der Wahl, auf Einladung eines Mitgliedes der kirchlichen Gemeindevertretung der Luisengemeinde, des Lehrers Fischer, mit diesem und noch sieben andren Mitgliedern dieser Gemeindekörperschaft im Union-Restaurant zu Charlottenburg zu einer Unterredung zusammengewesen sei. Dabei bezweifelt das Konsistorium gar nicht die zeugenverhörlich festgestellte Angabe der Beteiligten, daß es sich bei der Besprechung nur um eine kurze Zeit gehandelt habe, und daß das Gespräch sich nicht auf die Wahl bezogen habe."

Ohne jede Kenntnis der Existenz jenes Gesetzes bin ich arglos als höflicher Mann einer freundlichen Einladung gefolgt und habe mit den Herren eine Unterredung gehabt, in der ich nichts gesagt oder gethan habe, was mir das Konsistorium hat vorwerfen können, namentlich hat es nach seinen eigenen Entscheidungsgründen nicht angenommen, daß ich in dieser Unterhaltung um Stimmen geworben oder Mittel geschweige denn unwürdige Mittel angewandt habe, um auf meine Wahl einzuwirken.

Ist ein Fehler gemacht, so bin ich nicht dafür verantwortlich. Die Schuld fiele auf diejenigen, die mich, freilich auch arglos, eingeladen haben.

Das ist nun der einzige Grund, den das Konsistorium anführt, um die Anklage wegen unwürdigen Wandels als berechtigt zu erklären und meine Wahl zu kassieren! Und diese Entscheidung hat der Oberkirchenrat gebilligt und durch seine Billigung den ihm nachgeordneten Behörden bei Verwendungsmöglichkeit empfohlen."

Pastor Neidhardt richtet weiter an den Oberkirchenrat die Aufforderung, die wahren Gründe für die Nichtbestätigung bekannt zu geben. Wenn die Angaben des liberalen Pastors sich bewahrheiten, so wird die Arbeiterschaft sich von neuem sagen, daß sie an dem moralischen Schaden, der ihr aus der Gleichgültigkeit gegen das Kirchentum etwa erwächst, nicht allzu schwer zu tragen hat.

Einiges vom Stadtbaurat Dr. Hobrecht. Der verstorbene Stadtbaurat Dr. Hobrecht verfügte noch als Siebziger über eine eisenfeste Natur, dem sein gerades und schroffes Wesen entsprach. Ueberall, wo er auch wirkte und auftrat, wußte er den Gang der Dinge alsbald so zu gestalten, daß alles sich seinem Willen beugte. Und meist überließ man sich gern seiner zielbewußten Führung. Dies hat sich jahrelang im Berliner Architekten-Verein gezeigt, als dessen Vorsitzender Hobrecht wiederholt gewählt wurde, und, wie innerhalb seiner Amtsthätigkeit, so trat er auch außerhalb derselben selbstbewußt und ohne jedwedes Ceremoniell auf. Hierfür nur ein Beispiel. Im Juni 1895 besichtigte eine Kommission, bestehend aus dem Stadtsyndikus Menbrink, dem jetzigen Ober-Verwaltungsgerichtsrat, dem Stadtrat Marggraff und dem Geh. Baurat Dr. Hobrecht, die Bahnbauten Londons u. a. auch den im Bau befindlichen Blackwall-Tunnel, eine Straßenunterführung unter der Themse. Da dort unten in hydraulischem Drucke gearbeitet werden mußte, der Abstieg und das Durchschleusen 2c. nicht ohne Gefahr und Beschwerlichkeiten war, so hätte man sich die Besichtigung der eigentlichen Baustellen gern geschenkt; Hobrecht aber dekretierte, „das muß man gesehen haben", und so mußten seine Begleiter ihm folgen. Etwa eine Stunde lang kroch der Siebzigjährige in den schmutzigen Räumen herum, ohne darauf zu achten, daß einzelnen der ihm Folgenden in der Preßluft Hören und Sehen verging. Stadtrat Marggraff blutete schließlich aus Nase und Ohren und so mußte Hobrecht schließlich in die Rückkehr zur Oberwelt willigen. Oben angelangt, wurde von der aus sechs Mann bestehenden Expedition eine Momentaufnahme gemacht. Vor der Baubude, in welcher sich die Herren umzuziehen und zu säubern gedachten, sieht man sie in ihren schmutzigen Schutzanzügen, angethan mit hohen Wasserstiefeln stehen: in der Mitte der führende Ingenieur Mr. David Hay, links von ihm Dr. Hobrecht, beide Hände in den Taschen des Jacketts und das Handtuch über die linke Schulter geworfen, rechts von ihm Direktor Schwieger; Menbrink steht breitbeinig neben Hobrecht, Stadtrat Marggraff, der sich das Handtuch um den Hals gewickelt hat, stützt sich auf die Schulter seines Nebenmannes, des Regierungs-Baumeisters Lerche von der Firma Siemens u. Halske. Der Aermste hat noch jahrelang an den Nachwehen dieser „Exkursion" seines Freundes Hobrecht gelitten.

Bildung. Neugierde am offenen Grabe wirkt in der Regel noch peinlicher und verletzender als jene Neugier, die vor der Kirchthür steht und auf die Brautkutsche wartet. Zur Beerdigung Virchows hatten sich auf dem Friedhof lange vor Ankunft des Leichenzuges außer zahlreichen Leidtragenden auch viele Personen eingefunden, die nur die Schaulust angelockt hatte. Darunter waren mehrere Damen, die durch farbige Kleidung und besonders durch ihre hellen Blusen auffielen, es sich aber trotzdem nicht nehmen ließen, sich nur wenige Schritte von der offenen Gruft in der vordersten Reihe aufzustellen. Einige dieser Damen wurden bei der Annäherung des Zuges von einem Schutzmann, der, die Kirchhofsbeamten unterstützend, die Umgebung der Gruft freizuhalten suchte, unter ausdrücklichem Hinweis auf ihre Kleidung gebeten, wenigstens in die zweite Reihe zurückzutreten. Die Damen kamen dieser Bitte nach, doch in dem Augenblick, wo der Sarg und die Angehörigen des Verstorbenen vor der Gruft eintrafen, drängten sie sich wieder in die erste Reihe und behaupteten hier ihren Platz bis zur Beendigung der Feier.

Zur Fleischnot. Im Vorort Lichtenberg haben die socialdemokratischen Mitglieder der Gemeindevertretung den Antrag gestellt, die Gemeinde solle bei der Reichsregierung gegen die Fleischverteuerung vorstellig werden. Die liberalen Gemeindevertreter werden den Antrag unterstützen. — Durch die Fleischteuerung haben in empfindlicher Weise die Großschlächter zu leiden, die Lieferungen für Militär, Krankenanstalten, Gefängnisse usw. übernommen haben. Die Lieferungsangebote sind zum großen Teil im Oktober vorigen Jahres gemacht und angenommen und waren für die damaligen Marktpreise maßgebend. Die Lieferanten müssen nun die Fleischwaren zu den vereinbarten Preise liefern, wiewohl sie selbst beim Einkauf einen erheblich höheren Betrag zu erlegen haben. Mit welchen Verlusten die Schlächter rechnen müssen, zeigt der Umstand, daß ein Großschlächter bei seinen Lieferungen für ein einziges Institut schon über 3000 M. Verlust zu verzeichnen hat.

Der Botanische Garten (W. Potsdamerstraße 75) ist am Sonntag, den 14. September d. J., nachmittags von 2 bis 7 Uhr, für das Publikum geöffnet.

Neuer Haltepunkt „Rummelsburg-Ost". Wie die königliche Eisenbahn-Direktion Berlin bekannt macht, wird der an der Bahnstrecke Berlin—Strausberg, zwischen den Stationen Stralau-Rummelsburg und Lichtenberg-Friedrichsfelde neu errichtete Haltepunkt „Rummelsburg-Ost" am 1. Oktober d. J. für den Personen-, Gepäck- und Expreßgutverkehr eröffnet werden. Die Entfernungen betragen zwischen Rummelsburg-Ost und Stralau-Rummelsburg bezw. Lichtenberg-Friedrichsfelde je 1,3 Kilometer.

Der Goldwarenhändler Arnold Schrauer ist nach Erschwindelung großer Geldbeträge und Gold- und Silberwaren flüchtig geworden. Schrauer ist am 6. Mai 1862 zu Gleiwitz geboren, von großer korpulenter Figur, hat dunkles Haar und ziemlich großen dunklen Schnurrbart. Da Schrauer früher schon 16 Jahre in Amerika war, wird vermutet, daß er sich dorthin gewandt hat. Geschädigte und solche, welche über den jetzigen Aufenthalt des Schrauer Angaben zu machen vermögen, werden gebeten, sich im Polizeipräsidium, Zimmer 329, zu melden.

Weil er seiner Frau nicht zur Last fallen wollte, hat sich der 50jährige ehemalige Schlächtermeister Wilhelm B. aus der Münchebergerstraße mittels eines Revolvers das Leben genommen. B. hat zahlreiche Schicksalsschläge erlitten, sein ganzes Vermögen und sein Geschäft verloren, so daß er sich zuletzt als Arbeiter ernähren mußte. Infolge seines Mißgeschicks verfiel er in Schwermut und mußte eine Zeitlang in einer Irrenanstalt untergebracht werden. Auch nach seiner Entlassung war er arbeitsunfähig, seine Invalidenrenten wie die Thätigkeit seiner Frau schützten ihn jedoch vor Not. Er äußerte jedoch wiederholt, er wolle seiner Frau nicht zur Last fallen und werde sich deshalb erschießen. In einem unbewachten Augenblick begab er sich auf den sog. Weißenseer Weg und führte daselbst seinen unseligen Entschluß aus.

Was ein Häkchen werden will. Den „Roman eines Fünfzehnjährigen" erzählt die „Br. Landesztg." aus Braunschweig: Am Sonnabendmorgen erschien in dem Lipkendorfschen Geschäft am Friedrich Wilhelm-Platze ein junger Mann und bestellte im angeblichen Auftrage eines in der Nähe wohnenden Arztes für 5 Mark Chokolade. Die Verkäuferin wurde mit der Chokolade abgeschickt, auf der Straße versuchte der junge Mensch, die Chokolade in seinen Besitz zu bekommen, doch ließ das Mädchen sich darauf nicht ein, sondern brachte die Ware selbst in die Wohnung des Arztes, wo sich herausstellte, daß dieser einen solchen Auftrag überhaupt nicht erteilt hatte. Der junge Mensch war inzwischen verschwunden; am Nachmittage jedoch traf ihn das Mädchen wieder im Hauptpostgebäude und veranlaßte seine Verhaftung. Bei seiner Vernehmung gab er zu, daß er sich die Chokolade habe verschaffen wollen, um seinen Hunger zu stillen, da er mittellos gewesen sei. Er sei der 15jährige Graf Ernst v. Schwerin aus Zehlendorf bei Berlin und habe vor einiger Zeit von seiner Mutter 300 M. erhalten, um nach Halle zu fahren. Dort habe er eine Dame, die Mitglied einer Damenkapelle war, kennen gelernt, und als die Kapelle nach Braunschweig fuhr, um dort aufzutreten, reiste der jugendliche Liebhaber seiner Flamme nach. In Braunschweig ging ihm aber das Geld aus, und aus diesem Grunde will er die Schwindelei mit der Chokolade begangen haben. Das Mädchen war inzwischen zu der Erkenntnis gekommen, daß ihr jugendlicher Anbeter doch bei seiner Mutter einstweilen noch am besten aufgehoben sei, und suchte ihn zu überreden, nach Zehlendorf zurückzukehren. Er wollte jedoch nicht von ihr lassen und endlich versprach sie ihm, in einem postlagernden Briefe ihre Photographie zu schicken. Als der junge Mann am Sonnabendnachmittag auf der Post erschien, empfing er auch einen Brief des Mädchens, in dem ein Zehnmarkstück enthalten war, und die Aufforderung, für das Geld nach Berlin zurückzukehren.

Ein Opfer der Habgier. Im Untersuchungsgefängnis erhängte sich die 64 alte Witwe Johanna Mießner, geb. Müller, aus der Schönhauser-Allee 99. Die alte Frau verlor vor einem Jahre ihren Mann, der Bautischler war, und hauste seitdem für sich allein, da die Kinder erwachsen und verheiratet sind. Von Ersparnissen und einer Erbschaft, die sie in kleinen Hypotheken angelegt hatte, konnte sie gut leben und bewohnte dementsprechend im ersten Stock zwei Stuben und Küche für 500 Mark. In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag voriger Woche kam Frau Mießner kurz nach 12 Uhr zu ihren Hausgenossen gelaufen und schlug Lärm: Diebe hätten ihr 1600 M. geraubt und die Wohnung in Brand gesteckt. Die Frau war nur mit einem leichten Nachtgewande bekleidet und schien sehr aufgeregt zu sein. Während einige Nachbarn ihr beisprangen und sie zu beruhigen versuchten, holten andre die Feuerwehr. Diese löschte das Feuer, das die Einrichtung der guten Stube ergriffen hatte, ohne besondere Mühe. Beim Aufräumen fand sie, daß Holz unter das Sofa gepackt war, und daß das Feuer hier entstanden sein mußte. Die auffallende Entdeckung gab Veranlassung zu weiteren Ermittelungen. Als sich nun herausstellte, daß die alte Frau ihre Wohnungseinrichtung hoch versichert und die beste Wäsche kurz vor dem Brande in zwei Körben auf den Hof hinunter getragen und in einem Pferde- und Hühnerstall versteckt hatte, um sie bei guter Gelegenheit wegzuschaffen, da schritt die Kriminalpolizei gleich am Donnerstagvormittag zu ihrer Verhaftung und sagte ihr die Brandstiftung auf den Kopf zu. Der erdrückenden Belastung gegenüber legte sie dann auch ein Geständnis ab und wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt. In ihrer Zelle des Untersuchungsgefängnisses machte sie ihrem Leben ein Ende, indem sie sich erhängte. Als man sie bei der Verabreichung des Mittagessens auffand, konnten die Aerzte nur den Tod feststellen.

Von einem tödlichen Unfall, der einer Berlinerin in der Sommerfrische in den Alpen zustieß, wird der „Voss. Ztg." aus Bern unter dem 9. September folgendes berichtet: Heute wollte ein Herr Moritz Lewy aus Berlin mit seiner Frau und deren Kammerjungfer mit Extrapost von St. Moritz über den Julienpaß nach Hause reisen. Auf dem Julienhospiz hielt das Gefährt Mittagsrast. Lewy und der Kutscher stiegen ab. Während die Pferde gefüttert wurden, scheuten sie plötzlich und rannten mit den erschrockenen Frauen im Wagen in rasendem Galopp die steile Alpenstraße hinunter. Sie kamen bis zur zweiten Biegung des Weges, wo Pferde und Wagen samt den Insassen über den Straßenbord hinunterstürzten. Frau Lewy wurde von der nacheilenden Hilfsmannschaft als Leiche unter den Wagentrümmern hervorgezogen. Die Kammerjungfer ist mit anscheinend leichteren Verletzungen davongekommen. Man vermutet, daß das eine Pferd beim Füttern von einer Wespe gestochen worden ist.

Verloren gegangen ist die Parteitagsliste Nr. 3218. Der Finder wird gebeten, sie bei Otto Wegner, Berlin N., Boyenstraße 4, abzuliefern.

Straßensperrung. Die Bellevuestraße wird behufs Umlegung des Asphaltbelages vom 10. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Mit dem Beginn des Wintersemesters blickt die II. Handwerkerschule auf eine nunmehr zehnjährige Zeit ernster und ersprießlicher Thätigkeit zurück, die Anzahl der Schüler, welche bei Eröffnung der Schule eine Höhe von 500 erreichte, hat sich in diesem Zeitraum auf das Vierfache gesteigert, die Lehrkurse um das Doppelte vermehrt, mit der Uebersiedelung in ein für diese Unterrichtsanstalt neu erbautes Schulhaus wird sich die Anstalt bald zu einer der bedeutendsten der Stadt Berlin aufschwingen. Wir möchten namentlich darauf hinweisen, daß die II. Handwerkerschule schon seit längerer Zeit mit der Einrichtung von Lehr-Werkstätten vorgegangen ist und in ihrem neuen Heim die bereits vordem eingerichtete Werkstätte für Kunstschmiede und eine solche für Ciselieren und Treibarbeiten den neuesten Anforderungen entsprechend eingerichtet hat, so daß es den in diesen Berufszweigen thätigen Gehilfen und Lehrlingen ermöglicht ist, ihre Kenntnisse auch außerhalb ihrer werkthätigen Zeit zu vervollständigen. Ferner erfreut sich die Tagesklasse für Gürtler, Kunstschmiede und verwandte kunstgewerbliche Fächer eines regen Zulaufs; an diese anschließend wurde bereits im Vorjahr eine Tagesvorklasse eingerichtet, um denjenigen Jünglingen, welche sich einem kunstgewerblichen oder gewerblichen Berufe widmen wollen, Gelegenheit zu geben, ihr Geschick bis zum Beginn der praktischen Lehrzeit in zeichnerischen und bildnerischen Vorkursen zu erproben, um darauf fußend, den geeigneten Beruf erwählen zu können. Es dürfte dies namentlich vielen Eltern schon aus dem Grunde sehr erwünscht sein, als ihren Söhnen dadurch vor Eintritt in die Lehrjahre eine angemessene und nützliche Beschäftigung gegeben wird; der Preis zum Besuch der Tagesklassen ist 30 M. für das Halbjahr, welcher Betrag in monatlichen Raten zu 5 M. entrichtet werden kann. Anmeldungen werden im Schulhause, Andreasstraße 1—2, durch den Direktor entgegengenommen.

Theater. Durch einen kurzen Urlaub von Fräulein Marianne Wulf, die sich infolge eines Todesfalles in ihrer Familie in ihre Heimat nach Wien begeben mußte, sah sich die Direktion des Schiller-Theaters veranlaßt, die Erstaufführung des Lustspiels „Doktor Klaus" von Adolf L'Arronge im Schiller-Theater O. (Wallner-Theater) von Freitag auf Sonnabend, den 13. d. Mts., zu verlegen. Am Sonntag wird das

Stück wiederholt. — Im Deutschen Theater haben die Proben zum nächsten Novitäten-Abend begonnen, der die Bauernkomödie von Carlot Neuling „Der Schatzgräber“ und die Burleske von Max Dreyer „Stichwahl“ bringen wird. Die erste Aufführung ist für Sonnabend, den 20. September, angesetzt.

Aus den Nachbarorten.

Wahlverein Britz. Morgen Freitag abend 8½ Uhr bei Paul Seiler, Rudowerstraße 8: Vereinsversammlung. Tagesordnung: I. Vortrag des Genossen Kaliski über Preußens Polenpolitik. II. Diskussion. III. Anträge. IV. Verschiedenes und Fragen. Frauen und Gäste haben Zutritt.

Viel Heiterkeit hat in Spandau jüngst ein Konflikt der Polizei mit einem Buchhändler hervorgerufen. Dieser hatte drei Strafmandate wegen Uebertretung der Sonntagsruhe-Bestimmungen erhalten und sie in seinem Schaufenster ausgehängt, nachdem er sie mit der Aufschrift versehen: „Was sich die Polizei alles leistet.“ Diese Demonstration erregte natürlich großes Aufsehen und ärgerte die Polizei, die den Buchhändler aufforderte, die Strafmandate aus dem Schaufenster zu entfernen. Der Buchhändler leistete nicht Folge. Nun ließ die Polizei ihm von außen mit Papier das Schaufenster verkleben, so daß die Strafmandate verdeckt wurden. Der Buchhändler blieb aber nicht unthätig. Das Papier der Polizei versah er alsbald mit der Aufschrift: „Eine Mark Belohnung sichere ich demjenigen zu, welcher mir den Thäter nachweist, der mein Schaufenster verkleistert hat.“ Hatte schon der Aushang der Strafmandate Menschenansammlungen vor dem Laden des Buchhändlers veranlaßt, so wurde jetzt der Auflauf der Neugierigen noch größer. Erst nach geraumer Zeit und nachdem die Polizei dem streitbaren Buchhändler mit strenger Bestrafung gedroht hatte, beseitigte dieser sowohl das Papier der Polizei, als auch die Strafmandate.

Aus Adlershof wird berichtet: Es ist schon viel über den Bau des Teltow-Kanals in den Zeitungen geschrieben worden, doch über die dortigen Arbeitsverhältnisse liest man nichts. Bekanntlich wird der Bau von dem Konsortium Bachstein, Sager u. Woerner ausgeführt, das es mit seltener Findigkeit versteht, Kapital aus den Arbeitern herauszuschlagen. Die Arbeitszeit dauert von morgens 5 Uhr bis abends 7 Uhr, der Stundenlohn beträgt ganze 27 Pf. Dabei ist die Behandlung durchaus unangemessen. Von den Schachtmeistern werden Schimpfworte haufenweise angewandt. Eine besondere Fertigkeit im Schimpfen entwickelt der Schachtmeister M. Sein Schacht ist schon der reine Taubenschlag geworden. Da ist ein fortwährendes Kommen und Gehen, lange hält es niemand bei ihm aus. Das schönste an diesem idyllischen Verhältnis aber ist, daß jeder Arbeiter sozusagen unter Polizei-Aufsicht steht. Sehen wir uns das Arbeitsbuch eines Kanalarbeiters an, so finden wir auf der ersten Seite das Nationale desselben; auf der zweiten Seite das Zeugnis des Streckenarztes; auf der dritten aber steht folgendes:

Nr. ..... des polizeilichen Verzeichnisses.
Der vorbezeichnete Arbeiter ist polizeilich gemeldet und hat hier folgende Legitimationspapiere niedergelegt:
1. ..... 2. ..... 3. ..... usw.
Adlershof (Datum.) Muske, Fußgendarm.

In den Arbeitsbedingungen heißt es: „Erst nach Beibringung der polizeilichen Bescheinigung erfolgt die wirkliche Annahme des Arbeiters zur Arbeit.“ Man ist hier allgemein der Ansicht, daß es sich bei dieser Polizei-Aufsicht nur um einen Gefälligkeitsdienst den Gutsbesitzern gegenüber handelt, weil man auf diese Art die Einstellung etwaiger kontraktbrüchiger Landarbeiter verhindern will. Trotz Ueberwachung und der unziemlichen Behandlung und Entlohnung finden sich tagtäglich zahlreiche Arbeitsuchende ein. Die Kanalbau-Verwaltung und die Schachtmeister wissen auch ganz genau, daß ihnen infolge der wirtschaftlichen Krise Arbeitskräfte genug zur Verfügung stehen, sonst würden sie schon andre Saiten aufziehen müssen.

Socriales.

Die Wurmkrankheit hat in letzter Zeit im Ruhrgebiete immer noch zugenommen. Deshalb soll nunmehr auch der Verein zur Bekämpfung der Volkskrankheiten im Ruhrkohlengebiet um seine Mitwirkung bei Bekämpfung dieser Seuche gebeten werden.

Vereinskalender.

Oeffentliche Bibliothek und Lesehalle zur unentgeltlichen Benutzung für jedermann, Alexandrinenstr. 26, Gartenhaus. Geöffnet werktäglich von 5½ bis 10 Uhr abends; an Sonn- und Festtagen von 9 bis 1 und 3 bis 6 Uhr. Reichhaltige Bibliothek und 420 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung.

Lese- und Diskutierklubs. Donnerstag: Lese- und Diskutierklub „Südost“, Tempelhof, Görlitzerstr. 58. — Lese- und Diskutierklub „Nordwest“, Grunewald, Alt-Moabit 46.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und der Umgegend. 1. Vorsitzender: Julius Meyer, Fichtestr. 27. 1. Kassierer: Seifrit, Fidicinstr. 16. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Frd. Kortum, Lausitzerstr. 33. **Donnerstag.** Abends 9—11 Uhr: Uebungsstunde und Aufnahme neuer Mitglieder. — Männerchor „St. Urban“, Lindemann, Annenstr. 9. — „Vorwärts II“, Kremmenerstr. 1. — „Gesangverein Berliner Kürschner“, Feind, Weinstraße 11. — „Einigkeit I“, Gr.-Lichterfelde, Richter, Chausseestr. 104. — „Morgenrot IV“, Köpenick, Stippekohl, Schönerlindestr. 5. — „Fröhlich“, Rummelsburg, Schröter, Mozartstr. 7. — „Vineta“, Schmidt, Swinemünderstr. 65. — „Wach auf II“, (Alt-Blessin bei Flemming) übt bei Hilgenfeld, Bergstr. 60. — „Deutsche Eiche II“, Brandenburg a. H., Winkels Salon, Hauptstraße. — „Freiheit IV“, Berman, Elysium, Hussitenstraße. — „Loreley“, Schumann, Hochstr. 32a. — „Kornblume“, Gold, Gr. Frankfurterstr. 133. — „Sorgenfrei“, Albrecht, Admiralstraße 18c. — „Morgengrauen“ (Bäcker), Hempel, Rosenthalerstr. 11/12 (nachmittags 4—6 Uhr). — „Möbelpolirer“, Wolf, Fruchtstr. 36a. — „Oranienburger Vorstadt“, Fritz Liezke, Brunnenstraße 41. — „Steinnelke“, Müllerstr. 11. — „Hoffnung III“, Friedrichsberg, Böker, Friedrich Karlstraße 34. — „Felsenburg“, Schulz, Blumenstr. 38. — „Rüttli“, Friedenau, Schieselban, Cranachstr. 1. — „Freiheit West“, Gosmann, Kreuzbergstr. 48. — „Sangeslust I“, Münch, Wiesenstraße 36. — „Verein Wilhelmsberg-Hohen-Schönhausen“, Hohen-Schönhausen, Krause, Berlinerstr. 12. — „Maurer-Gesangverein“, Wilmersdorf, Witte, Berlinerstr. 40. — „Männer-Chor Süd-Ost I“, Stephan, Wienerstr. 31. — „Lyra“, Charlottenburg, Bartsch, Seesenheimerstr. 11. — „Liederkranz“, Brandenburg, a. H., Mengerts Volksgarten, Bergstraße. — „Gesangs-Abteilung des Arbeiter-Bildungsvereins“ in Velten, Grunow, Wilhelmstraße 19. — „Liederzweig“, Hermsdorf, Schulze, Berlinerstraße 21. — „Frohe Stunde“, Klein, Lausitzer Platz 8. — „Freie Liedertafel“, Königsfäle, Neue Königstraße 26. — „Alpenrose“, Kuntze, Forsterstr. 36. — „Süd-Ost II“, Link, Wrangelstr. 86. — „Einigkeit III“, Wannsee, Krüger, Fürstenhof. — „Linde II“, Liedke, Weidenweg 23. — „Gesangv. des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen“, Mörschel, Jüdenstraße 36 (3—5 Uhr). — „Arion II“, Rummelsburg, Schumann, Neue Prinz Albrechtstr. 70 (6—8 Uhr). — „Rummelsdorf“, Luckenwalde, Gerhard, Haag. — „Männerchor der Schneider Berlins“, Markgrafenstr. 83. — „Melodia II“, Kranz, Dunckerstr. 8. — „Unverzagt“, Bachstein, Salzwedelerstr. 16. — „Waldkapelle“, Ladewig, Kommandantenstr. 65. — „Maiglöckchen II“, Köpenick, Müggelheimerstr. 36. — „Nordwacht“, Mildrodt, Müllerstr. 7. — „Treu und fest“, Schedler, Warschauerstr. 17. — „Sängerslust“, Werder, Schwarzer Adler“, Fischerstraße. — „Trebbin“, Trebbin, Wolf, Bahnhofstraße. — „Zaget nicht“, Steglitz, Kramer, Markgrafenstr. 1. — „Liedesfreiheit II“, Strausberg, Schulz, Wriezenerstr. 10. — „Freie Sänger“, Rixdorf, Badenschneider, Hermannstraße 197.

Arbeiter-Raucherbund Berlins und der Umgegend. Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Albert Liebetrau, Putbuserstraße 44, IV. **Donnerstag:** „Mehr Licht“, Weißensee, Sorrer, Straßburgstraße 56. — „Kamerun“, Eberstr. 2. — „Glühlicht I“, Neu-Weißensee, Streustr. 3. — „Feste Brüder“, Rixdorf, Ziekenstr. 29. — „Virginia“, Schnieder, Admiralstraße 21. — „Alter Hussit“, Matthes, Bernauerstr. 120. — „Eiserne Pfeife“, Logan, Schulstr. 113. — „Du ahnst es nicht“, Schmidt, Tilsiterstr. 32. — „Feigenblatt“, Adam, Rykestr. 5. — „Mailust“, Jughold, Lehderstr. 138. — „Colorado“, Klinge, Reinickendorferstr. 56. — „Fidelia“, Bartel, Mantenffelstraße 127. — „Einigkeit II“, Wähner, Gubenerstr. 57. — „Apfelblüte“, Wiesenstr. 29a. — „Freie Stunde“, Schultz, Mantenffelstr. 49. — „Ringelwolke“, Bredowstr. 11. — „Korea“, Lüben, Richthofenstr. 29. — „Brasil“, Kreds, Boeckhstr. 21. — „Rote Nelke“, Neu-Weißensee, Asmus, Sedanstraße 35d. — „Grüne Quaste“, Rud. Rixdorf, Jägerstr. 46. — „Neu-Lichtenberg“, Lichtenberg, Margaretenstr. 20. — „Freieds Licht“, Göye, Marienburgerstr. 16. — „Freundschaft“, Gustav Adolfstr. 155. — „Oberspree“, Ober-Schöneweide, Wilhelminenhofstr. 18. — „Geradeaus“, Weißenburgerstr. 47.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Donnerstag. Sparverein „Einigkeit“, Louisen-Ufer 32. — Weißenseer Fußballklub, Donnerstag nach dem 1. und 15., Parkstr. 10. — Skatklub „Namenlos“, Strack, Adalbertstr. 95. — „Berliner Dilettanten-Bühne Rheingold II“, Ackerstr. 144. — „Musik-Dilettanten-Verein Berlin-Moabit“, Restaurant Sadewater, Arminiusplatz. — Skatklub „Herzblatt“, Passeke, Linienstr. 3a.

Berliner Ruderverein „Vorwärts“. Sitzung 9 Uhr abends im Bootshause, Stralau, Tunnelstr. 17.

Arbeiter-Bildungsverein „Eintracht“, Zürich, Neumarkt 5, Vereinssitzung alle 14 Tage je Donnerstag abends 8½ Uhr.

Zwanglose Zusammenkünfte mit Damen im Restaurant des Gewerkschaftshauses. Donnerstag: Metallarbeiter.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“. Gau 9 (Prov. Brandenburg). Alle Zuschriften und Anfragen, den Bund betreffend, sind zu richten an den Gau-Vorsitzenden Karl Fischer, Berlin NW., Waldstr. 8. **Donnerstag:** Arb.-Rad.-Verein „Berlin“, nach dem 1. und 15. Andreasstr. 26, und Raabe, Kolbergerstr. 23. — „Stern II“, nach dem 1. und 15. Swinemünderstr. 56. — „Fahr wohl I.“ Gerichtsstr. 22. — „Lux“, jeden Donnerstag nach dem 1. und 15. Elsasserstr. 5. — „Frei Weg“, Schöneberg, Akazienstraße 21. — „Komet“, jeden Donnerstag nach dem 1. und 15. Rixdorf, Steinmetzstr. 103. — „Ziel“, jeden 2. und 4. Donnerstag, Adlershof, Hackenbergstr. 1.

Central-Raucherbund. Zuschriften sind an Kleist, Rixdorf, Juliusstraße 26, zu richten. **Donnerstag:** „Blaue Wolke“, Rixdorf, Jägerstr. 4. — „Weichselblatt“, Rixdorf, Kopfstr. 41. — „Alte Linde“, Berlin, Grüfestraße 34. — „Edelweiß“, Steglitz, Düppelstraße 7. — „Brennende Liebe“, Rixdorf, Berlinerstr. 100. — „Süße Liebe“, Rixdorf, Männerstr. 8.

Arbeiter-Skatbund Berlins und Umgegend. Zuschriften sind zu richten an Ernst Clement, Belfortstr. 13. Donnerstag, „Grand Schwarz“, Dimke, Winsstr. 56. — „Unitas“, Schmidt, Treskowstr. 35. — „Glück auf“, Rixdorf, Rogge, Lessingstr. 17.

Vermischtes.

Der Vesuv zeigt, wie aus Neapel gemeldet wird, eine gewisse Thätigkeit, doch ist keine Gefahr vorhanden. Wie aus Catania gemeldet wird, ist der Vulkan auf der Insel Stromboli in starker Thätigkeit. Man vernimmt häufig Getöse, verbunden mit Ausbrüchen. Der Rauch des Vulkans lagert in einer schwarzen Wolke fast über der ganzen Insel. — In Panticosa (Spanien) wurde gestern ein Erdbeben verspürt. Aus dem Stromgebiet des Tajo werden bedeutende Ueberschwemmungen gemeldet. Der Schaden ist sehr beträchtlich. — Auf der Insel St. Vincent ist der Rabacca-Fluß auf eine Viertelmeile mit kochendem Wasser gefüllt. Die großen Pflanzungen am Ufer sind zerstört. Die Kuppe des Vulkans Soufrière ist gänzlich umgestaltet; seine Höhe ist bedeutend verringert.

Die Pest in Rußland. Nach amtlichen Angaben sind in Odessa am 6. und 7. September wiederum zwei pestverdächtige Fälle festgestellt worden. Von elf ähnlichen, die vom 24. August bis zum 2. September vorkamen, waren, wie nun feststeht, 5 echte Pest. Ebenso war der für pestverdächtig gehaltene Fall in der Kolonie Gildendorf (Kreis Odessa) kein solcher. Somit sind in Odessa seit dem 10. Juni bisher 17 pestverdächtige Fälle zu verzeichnen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt.

O. 17. Das gewünschte Adreßbuch finden Sie in der Expedition des „Geschäftsverkehrs mit Deutschlands Möbelfabriken und Magazinen“. (Hermann Scherk jr.) Keithstr. 20.

G. Ditty. Befähigte Kinder erhalten auf Befürwortung des Rektors nach Absolvierung der Gemeindeschule freien Unterricht auf höheren Schulen. Wenden Sie sich daher zunächst an den Lehrer oder Rektor der Schule, in welcher Ihre Tochter untergebracht ist.

A. R. Die Weißensee am nächsten gelegene Annahmestelle der städtischen Sparkasse ist bei Bolte, Weißenburgerstr. 25.

M. B. Können Sie in unserer Buchhandlung zur Auswahl haben.

W. D. R. Leider haben wir uns vergeblich bemüht, den betreffenden Herrn festzustellen. Wir bedauern, daß Ihrem Wunsche nicht entsprochen werden kann.

Spedition des 3. W.-Kr. Nein.

F. D. 70. Die größte Stimmenzahl unter allen Parteien erzielte 1898 die Socialdemokratie mit mehr als 2 105 000 gültigen Wahlzetteln.

Wette. Ihre Meinung, daß die pro Kopf der in Peking aus den belagerten Gesandtschaften Befreiten seiner Zeit angebotenen 1000 Taels längst ausgezahlt seien, ist eine irrige. Sie haben also Ihre Wette verloren. — Die 100 000 M. für bayrische Kunstzwecke sind von dem Prinzregenten abgelehnt worden.

V. 90. Der Vers lautet: „Ein Kaiserwort soll man nicht dreh'n, noch deuteln“ und stammt aus Bürgers Ballade: „Die Weiber von Weinsberg“. Daß Konrad III. wirklich etwas Derartiges gesagt, ist aber nicht historisch. — Der Satz: „Ein Mann, ein Wort“ ist ein alter Volksspruch, dessen Ursprung uns nicht bekannt ist.

Nowawes. Sie können lediglich beim Amtsgericht auf Zahlung klagen. Die Kosten fallen dem unterliegenden Teil zur Last. Der Kläger hat einen Vorschuß — in Ihrem Fall etwa 2 M. — zu zahlen. In Ihrem Falle wäre es raisam, die Tochter und den Vater zu verklagen. — **Brandenburg 206.** Soweit ersichtlich, entbehrt die Erklärung ihrer Rechtsgültigkeit. Um eine bestimmte Antwort erteilen zu können, ist die Kenntnis des Wortlautes erforderlich. — **R. G. 100.** Ist fester Wochenlohn in der von Ihnen angegebenen Höhe vereinbart, so ist eine 30 Pf.-Marke zu kleben, sonst genügt eine 24 Pf.-Marke. — **W. R., Mantenffelstraße.** Ein Anspruch auf Belohnung steht Ihrer Tochter nicht zu, aber Sie können einen dahin gerichteten Antrag bei dem von Ihnen genannten Vereine stellen. — **P. B. Merzig.** Das Recht auf Selbstbeköstigung steht einem Untersuchungsgefangenen nach dem Gesetze zweifellos zu. In der Praxis wird aber in der Regel selbstbeschaffte Naturalverpflegung nicht gewährt, vielmehr die Selbstbeköstigung nur in der Weise gewährt, daß der Gefangene sich durch die Gefängnisverwaltung Essen aus dem zu diesem Zwecke von ihm oder für ihn eingezahltem Gelde beschaffen kann. Im Einzelfall hat das Gericht über Streitigkeiten zu entscheiden. — **A. H. 150.** Es kann jederzeit Klage auf Beschaffung des Wassers angestellt werden.

Witterungsübersicht vom 10. September 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	761	W	1	bedeckt	14	Haparanda	745	NW	4	bedeckt	8
Hamburg	762	NNO	1	bld. bed.	12	Petersburg	753	W	1	wolkenl	12
Berlin	762	SO	1	wolkig	14	Cork	761	ONO	2	bedeckt	16
Frankf./M.	761	NO	1	wolkenl	15	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	764	W	4	heiter	17	Paris	763	S	2	heiter	16
Wien	764	Still	—	wolkig	12						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 11. September 1902.
Etwas kühler, vorherrschend wolkig mit leichten Regenfällen und mäßigen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. (Süd-Osten.)
Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Bauarbeiter
August Schubert
(Stadtbezirk 108a) verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstagnachmittag 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt. Um rege Beteiligung ersucht
244/8 **Der Vorstand.**

Statt jeder besonderen Nachricht.
Am Montag, den 8. d. M., entschlief nach langem, schwerem Leiden meine innigst geliebte Frau und gute Mutter 19665
Ida Jahnke geb. **Dorn**
im 43. Lebensjahre.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Hermann Jahnke und Sohn.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 12. d. M., nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des St. Golgatha-Kirchhofs, Barfusstraße, aus statt.

Danksagung.
Für die vielen Beweise der Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben, unvergeßlichen Mannes **August Pardemann** sage ich allen Freunden, Bekannten und Kollegen, insbesondere dem Gesangverein „Freiheit West I“, meinen herzlichsten Dank. 19599
Wwe. **Pardemann** nebst Kindern.

Empfehle allen Freunden u. Bekannten mein **Weiss-, Bayrischbier- und gr. Speisegeschäft.** Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendtisch à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20—50 Personen. *
H. Stramm, Rest., **Ritterstr. 123.**

Schankgeschäft
mit Wohnung Umstände halber billig zu verkaufen, 65 M. Miete. **Neu-Weißensee,** Gustav Adolfstr. 9. 5047Z

Freie Volksbühne.
1. Abteilung:
2. Serie: im **Lessing-Theater** Sonntag, den 14. September, 2¾ Uhr:
Die Kleinbürger
von Maxim Gorki.
5./6. Abteilung:
Nachmittags 2¾ Uhr, im **Metropol-Theater:**
John Gabriel Borkman.
Herbst-Fest
Sonnabend, den 4. Oktober, abends 8 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain.
Schubert-Abend.
Vokal- und Instrumental-Konzert
unter Mitwirkung des
Berliner Tonkünstler-Orchesters
unter Leitung seines Dirigenten **Franz von Blon**
und hervorragender Gesangssolisten.
Festmarken für die Mitglieder vom 15. September ab in allen Zahlstellen.
Die **Mitgliedskarten** für die Saison 1902/3 müssen aus den Zahlstellen abgeholt werden
Die Mitglieder werden dringend ersucht, die in den Zahlstellen ausliegenden Fragebogen betreffs obligatorischer Einführung des Bühnenheftes etc. auszufüllen.
230/3 **Der Vorstand.** I. A.: **G. Winkler.**

In Ltr.-Fl. empfehle: Cognac 1,25—10,35, Rum 1,00—5,60, Nordhäuser 0,45—1,35. Liqueure, Eiercognac, Citronen- u. Himbeersaft, Port- u. Ungarweine gut u. billigst.
Carl Schindler, Chausseestrasse 55.

Dr. med. Schaper
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f.
Haut- u. Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
Königgrätzerstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

Die beste Cigarre,
25 Stück in Kisten 1 M., wegen Umzug.
Binneböse, Schillingstraße 38.

Gesangverein der Glaser.
(Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes.)
Sonnabend, den 13. September 1902, abends 8 Uhr, in den **Arminhallen,** Kommandantenstraße 20 (großer Saal): 19729
Rekruten-Abschiedsfeier.
Billet inkl. Tanz 50 Pf. Um zahlreiches Erscheinen bittet **Das Komitee.**

Stenographie Stolze-Schrey
Der Arbeiter-Stenographen-Verein **Stolze** eröffnet neue dreimonatliche Unterrichtskurse für Damen und Herren am
Freitag, den 12. September, abends 8½ Uhr, bei Grupe, Annenstr. 16.
Dienstag, den 16. Septemb., abends 8½ Uhr, bei Gleinert, Schulstr. 29.
Unterrichtsgeld 4 Mk.
Die erste Stunde ist kostenfrei.

Fritz Preuß
74a Belle-Alliancestrasse 74a, Ecke Bergmannstraße, empfiehlt Freunden und Bekannten sein **Weiss- und Bayrisch-Bierlokal** nebst Vereinszimmer für 50 Personen. *

Alle Wanzen
sterben sofort nebst Brut durch meinen **Wanzentod,** in Fl. 0,50, 1 M. — Schwaben, Russen, Franzosen 2c. werden durch mein Pulver vollständig vernichtet. Schtl. 0,30, 0,60, 1 M. Zahlreiche Anerkennungen. [4996Z*
1000 Mark Belohnung
zahle ich demjenigen, der mir einen Nichterfolg nachweist. Nur allein echt bei **Hugo Barth, Droguerie, Brunnenstrasse 18,** Ecke Veteranenstraße.

Achtung! Achtung!
Drucksachen
für Private und Vereine liefert schnell, korrekt und preiswert
Druckerei „Süd-Ost“,
Wrangelstr. 86.
5035L* Telephon IV, 7691.

Wohlfahrts-Geld-Lotterie.
Ziehung: 4. bis 9. Oktober.
16 870 Geldgewinne baar
ohne jeden Abzug zahlbar von Mk.
575000
Hauptgewinne: Mark
100000
50000
25000
etc. etc. etc.
Originalloose a 3,30 Mk. Für Porto und Liste 30 Pf. extra.
Oscar Bräuer & Co. Nchf.
Bank-Geschäft
Berlin W., Friedrichstrasse 181.
I. Filiale: Wilsnackerstr. 63.
II. „ Andreasstr. 46a.
Wir empfehlen sofortige Bestellung, da Loose bald teurer werden. 5040L*

Orts-Krankenkasse der Gürtler zu Berlin.
Bekanntmachung.
Wir bringen hierdurch zur Kenntnis, daß die VII. Abänderung zum Statut, welche von der Generalversammlung am 7. Mai cr. beschlossen und vom Bezirksausschuß unter dem 23. Juli 1902 genehmigt worden ist, gemäß Artikel II dieser Abänderung am
Montag, den 15. September 1902
in Kraft tritt. 19575
Abgeändert sind die §§ 10, 11, 12, 13 (Absatz 3), 18, 18a, 19, 21, 27, 28, 29 des Statuts.
Die Mitglieder werden vom 15. September ab in fünf Klassen und zwar nach ihrem wirklichen Arbeitsverdienst eingeteilt; ein Unterschied nach Geschlecht und Alter findet nicht mehr statt.
Der durchschnittliche Tagelohn ist gemäß § 12 festgesetzt auf 4,00 M. für die erste, 3,00 M. für die zweite, 2,30 M. für die dritte, 1,80 M. für die vierte und 1,00 M. für die fünfte Klasse.
Das Krankengeld beträgt nach § 13 Ziffer 3 für jeden Kalendertag mit Ausnahme der Sonntage: „2,00 M., 1,50 M., 1,15 M., 0,90 M., 0,50 M.“
Das Sterbegeld 120 M., 90 M., 69 M., 54 M., 30 M.
Das Eintrittsgeld beträgt gemäß § 27 für die I. Klasse 1,50 M., II. Klasse 1,25 M., III. Klasse 1,00 M., IV. Klasse 0,75 M., V. Klasse 0,50 M.
Die wöchentlichen Kassenbeiträge betragen gemäß § 28 für die:
I. Klasse . . . 0,84 M.
II. „ . . . 0,63 „
III. „ . . . 0,48 „
IV. „ . . . 0,39 „
V. „ . . . 0,21 „
Gleichzeitig tritt vom 15. September cr. ab die erste Abänderung zu den Verhaltungsmaßregeln, welche am 15. August von der Aufsichtsbehörde genehmigt worden ist, in Kraft.
Die Abänderungen sind im Wortlaut (nebst Cirkular) allen Arbeitgebern zugestellt und werden die Mitglieder ersucht, sich dieselben aushändigen zu lassen.
Der Vorstand.
G. Kneiff, Vorsitzender.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 11. Septbr.

Opernhaus. Die Fledermaus. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Das große Licht. Anfang 7½ Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Prolog. Carmen. Anf. 7½ Uhr.
Deutsches. Wenn wir Toten erwachen. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Alt-Heidelberg. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Die Kleinbürger. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Der Zigeunerbaron. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Ledige Leute. Anfang 8 Uhr.
Residenz. Der Fall Mathieu. (L'affaire Mathieu.) Vorher: Ich liebe Sie. Anfang 7½ Uhr.
Thalia. Er und seine Schwester. Anfang 7½ Uhr.
Central. Drei Paar Schuhe. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. O. (Wallner-Theater.) Morituri. (Teja. Fritzchen. Das Ewig-Männliche.) Anfang 8 Uhr.
Schiller. N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Die Mottenburger. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiß. Eine Paria. Anfang 8 Uhr.
Luisen. Maria Stuart. Anf. 8 Uhr.
Casino. Ehrliche Arbeit. Anfang 8 Uhr.
Kleines. Maiennacht. Familien-Idyll. Liebesträume. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Lysistrata. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Wintergarten. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Buntes Theater. Susanna im Bade. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Berlin bleibt Berlin. Anfang 8 Uhr.
Wilhelm. Ein toller Einfall. Anfang 8 Uhr.
Steidl. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Tauben-Str. 48/49. (Im Theatersaal.) Abends 8 Uhr: Tausend Jahre deutscher Kultur.
Invalidenstraße 57/62. Täglich: Sternwarte.

Thalia-Theater.

Dresdenerstrasse 72–73.
Novität! Anfang 7½ Uhr. Novität!
Er und seine Schwester.
Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akten.
Guido Thielscher als Orchester-Dirig. Im 2. Akt: Kitzel-Couplet.
Gerda Walde. Fritz Helmerding. Herbert Paulmüller. August Reiff.
Morgen und folgende Tage: **Er und seine Schwester.**

Luisen-Theater.

Reichenbergerstraße 34.
Drei Minuten vom Kottbuser Thor.
Anfang 8 Uhr:
Maria Stuart.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von Schiller.
Vorverkauf 10–2 Uhr Theaterkasse. Invaliden- und Künstlerbank, Unter den Linden 24 u. 19.
Morgen und Sonnabend: **Die Dame von Lyon.**

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.
Abends 8 Uhr:
Eine Paria.
Lebensbild in 5 Akten (8 Bildern) von Ernst Ritterfeldt.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Im Garten: Neue Spezialitäten.
Anfang 5 Uhr.
Sonntagnachmittag: **Der Glöckner von Notre-Dame.**

Wilhelm-Theater.

Friedrichstr. 236.
Ein toller Einfall.
Schwank in 4 Akten von Karl Laufs.
Morgen und folgende Tage:
Ein toller Einfall.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Casino-Theater.

Lothringerstr. 37.
Täglich 8 Uhr, Sonntags 7½ Uhr.
Links: „Das tanz. u. sing. Europa".
Jersey, Die Barsikow etc.
Dazu bei großem jubelnden Erfolg:
Ehrliche Arbeit.
Entree 30, Part. 50, Faut. 2c. bis 2 M.

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.
Die Jagd n. d. Schwiegersohn.
Charakterbild mit Gesang in 3 Akten von G. Starke.
Vorher: **Die Erbtante.**
Schwank in 1 Akt von Schatajow.
Im Saal: **Tanzkränzchen.**

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Tausend Jahre deutscher Kultur.

CASTANS Panoptikum

Friedrich-Strasse 165.
Die sensationellen lebenden Bilder,
dargestellt v. 6 jungen Damen.
Kirchmeiers Berliner Original-Schrammeln.

Passage-Theater.

Auf das glänzendste renoviert.
Aufgang nur Unter den Linden 22.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 3 Uhr.
Hella Collier
Deutschlands beste Vortrags-Soubrette.
Savely Goré, neuer russischer Tenor. — **Liane d'Amiroff,** hohe Schule, geritten auf einer Plattform.
14 erstklassige Nummern.

Zoologischer Garten

Täglich nachmittags 4 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Entree 1 M., ab 6 Uhr abends **50 Pf.,** Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Buntes Theater. („Ueberbrettl".)

Köpenickerstraße 68.
Anfang 8 Uhr.
1. **„Wer ist schuldig?"** Lustspiel in 1 Akt von Grillparzer.
2. **Bunter Teil** unter Leitung von Oscar Strauss. Tiny Senders a. G., Bozena Bradsky, Bokken Lasson, Marcell Salzer.
Parkett 3 M.

Apollo-Theater

Um 8 Uhr: **Die neuen vorzüglichen Specialitäten:**
3 Satours — Welson-Troupe
The 6 Sennets
in ihrer Pantomime:
Scene vor dem Affenhause im Zoologischen Garten.
Ellioth × Savonnas.
Lebende Photographien.
Um 9 Uhr:
Lysistrata
Operette in 2 Akten von Paul Lincke.
Kassenöffnung 7 Uhr.
Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater

Heute:
Berlin bleibt Berlin.
Grosse Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Erik Meyer-Helmund.
Emil Thomas a. G. Josef Josephi. Henry Bender. Flora Siding. Hansi Reichsberg. Wini Grabitz. — Johanna Junker-Schatz. —
Anfang ½8 Uhr.
Rauchen gestattet.

Kleines Theater

(Schall und Rauch)
Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.
Serenissimus-Zwischenspiele
Maiennacht. Bauernkumedi. Kollegen.

Palast-Theater

früher **Feen-Palast,** Burgstr. 22.
Gänzlich neu umgestaltet.
Täglich **Das Beste vom Besten.** Täglich Präcise 9 Uhr:
Fromme Wünsche.
Schwank in 3 Akten von J. Rosen.
Stroh v. Strohberg: Dir. Rich. Winkler.
Kunstspecialitäten ersten Ranges.
Lotte Mende, beste deutsche Soubrette.
Fritz Brandt, nur Original-Schlager.
Les Premiers, Akrobat-Canotiers.
Terné-Truppe, Oriental.-Akt.
Entree **30** Pf., Parkett **50** Pf., reservierter Platz **75** Pf., nummerierter Platz 1 M., Sperrsitz 1,50 M., Loge 2 M.
Anfang 8 Uhr.

Fröbels Allerlei-Theater

fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Benedetti u. Stewart. — Gebrüder Millardo. — Charles Dunbar. — Tsching u. Tschang. — Hochberg. — Die 5 Orientsterne. — Flora-Truppe.
Dazu **Otto Waldemar** mit vollständig neuen Schlagern.
Nur noch wenige Tage:
Um 8½ Uhr:
Unser Goldjunge.
Im Saale: **Großer Ball.**
Anfang **5** Uhr — Entree **30 Pf.**
Schluß der Spielzeit: 15 September.

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7–9.
Täglich:
Durch fremde Schuld.
Volksstück in 3 Akten von A. Seelen
Eugen Millardo, Tanzhumorist. — Cirkus Loyal. — **Leodiskas Kakadus,** komische Reckturner. — **The Elrados. Fleury Fleurette,** Soubrette. — **3 Stegemanns,** römische Seile. — Konzert. Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., nummerierter Platz 50 Pf. **Kalbo.**

Sommertheater Marienbad

Badstr. 35/36, Gesundbrunnen.
Täglich:
Der Brandstifter.
Operette in 1 Akt von Linderer.
Willy Reinhold: Dir. R. Wagner.
Erstklassige Specialitäten.
Entree **20 Pf.**
Bons und Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Tageskasse 11–1½ Uhr.

Steidl-Theater

Linienstr. 132 an der Friedrichstr.
Täglich 8 Uhr: die unvergleichlichen
Fritz Steidl-Sänger
Entree 50 Pf. Sperrsitz 1 M., Vorverkauf von 11–1 Uhr an der Kasse. Sonnt. u. Donnerst. Tanzkränzchen.

Wintergarten.

Maud Griselda, Hunde-Dresseuse.
Les Silvas, Leiter-Equilibristen.
Josie de Witt, Sängerin u. Geigerin.
Die Vicentinas, Rollschuhläufer.
Rofix, athletische Produktionen.
Karl Meister, Tenorist vom k. k. priv. Carl-Theater in Wien.
Helene Gerard, „Hohe Schule".
Sari Fedak, Sängerin vom Ungar. Theater in Budapest.
Die Kollino-Truppe, ital. Akrobaten.
Claudine Polaire, Pariser Sängerin.
W. C. Fields, komischer Jongleur.

Cléo de Mérode

Tänzerin v. d. gross. Oper in Paris. „Biograph".

Schiller-Theater.

Schiller-Theater **O.** (Wallner-Theater)
Donnerstagabend 8 Uhr:
Morituri.
(Teja, Fritzchen, Das Ewig-Männliche)
von Hermann Sudermann.
Freitagabend 8 Uhr:
Sappho.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Doktor Klaus.

Schiller-Theater **N.** (Friedr. Wilhelmstädtisches Theater)
Donnerstagabend 8 Uhr:
Die Mottenburger.
Posse mit Gesang in 6 Bildern von D. Kalisch und A. Weirauch.
Musik von R. Bial.
Freitagabend 8 Uhr:
Einsame Menschen.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Einsame Menschen.

Donnerstag, den 11. September,

abends 8 Uhr

17 Volks-Versammlungen

in nachstehenden Lokalen:

1. Wahlkreis: Cohns Festsäle, Beuthstr. 20.
2. „ Bock-Brauerei, Tempelhofer Berg.
3. „ Buggenhagen, Moritzplatz.
4. „ O., Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee 11.
„ Walter, Gr. Frankfurterstr. 117.
„ SO., Urania, Wrangelstr. 9–10.
5. „ Schweizer Garten, am Königsthor.
6. „ Moabit, Peters Gesellschaftshaus, Alt-Moabit 80/81.
„ Wedding, Germania-Säle, Chausseestr. 103.
„ Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen, Weimanns Volksgarten, Badstr. 60.
„ Schönhauser Vorstadt, Wernau, Schwedterstraße 23.
Nieder-Barnim: Friedrichsberg, Höflichs Schwarzer Adler, Frankfurter Chaussee 120.
Weißensee, Albrechtshof, Parkstr. 13.
Pankow, Ebersbachs Kurfürsten-Säle, Berlinerstr. 102.
Teltow-Beeskow: Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstr. 3.
Schöneberg, Obst, Meiningerstr. 8.
Rixdorf, Gröppler, Bergstr. 147.

Tages-Ordnung in allen Versammlungen:

1. **Protest gegen Fleischwucher und Grenzsperre.**
Referenten: **Antrick, Dr. Bernstein, Dr. Braun, Ewald, Gerisch, Hoffmann, Frau Ihrer, Klees-Magdeburg, Koblenzer, Manasse, Pfannkuch, Schippel, Singer, Tutzauer, Dr. Weyl, Wilke, Zubeil.**
2. Diskussion.

Zahlreichen Besuch erwarten **Die Vertrauensleute.**

Bernhard Rose-Theater

Alt-Moabit 47/49.
Geld ist die Hauptsache.
Burleske in 1 Akt v. F. v. Friede.
Frau Eva.
Schwank in 1 Aufzug.
Der Denunziant.
Volksstück mit Gesang in 2 Bildern von Hans Müller.
Anfang des Konzerts **7** Uhr, der Vorstellung **8** Uhr.
Ball.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Berlin.)
Bureau: Engel-Ufer 15. Zimmer 1–5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
Donnerstag, den 11. September, abends 8 Uhr, im **Gewerkschaftshause,** Engel-Ufer 15: 120/16
Konferenz der Vertrauensleute der Klempner.
Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Die Bibliothek ist bereits wieder eröffnet.
Die für Donnerstag angesetzte Mechaniker-Versammlung fällt aus. D. O.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4 a, Station der Hochbahn.
Täglich
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
Sonntag, Montag und Donnerstag nach der Soiree: **Tanzkränzchen.**
Anfang Sonntags 5 Uhr, Entree 50 Pf., Wochentags 8 Uhr, Entree 30 Pf.
Vereinsbillets gültig und **Tanz frei.**
Montag, 15. September: **Benefiz.**

4949L*
Gelegenheitskauf! Bunte
Mocquettplüsche
u. **abgepasste Satteltaschen,** einfarbige **Plüsche** u. **Möbelstoffe** selten billig!
Muster bei näherer Angabe franco.
Emil Lefèvre, Berlin S., **Oranienstr. 158.**

Reste-Verkauf

in Herren-Stoffen
Donnerstag und folgende Tage.
Tuch-Handlung
Koch & Seeland
Berlin, Rosstraße 2. [19585

Prachtwohnungen

von 2, 3 und 4 Zimmern nebst Küche **Gubenerstr. 32** billig zu vermieten.

Oeffentliche Versammlung der Steinsetzer-Hilfsarbeiter

Sonntag, den 14. September, nachmittags 12½ Uhr,
bei Nümann, Berlin N., Brunnenstr. 188. 174/2*
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Verbandsvorsitzenden **A. Knoll** über die Frage: Welche Schritte sind zu thun, um die traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Steinsetzer-Hilfsarbeiter zu verbessern? 2. Diskussion und eventuelle Beschlußfassung betr. Gründung einer Hilfsarbeiter-Organisation. 3. Verschiedenes. **Der Einberufer.**

Achtung! Töpfer! Achtung!

Donnerstag, den 11. September, abends 6 Uhr, im **Gewerkschaftshause** (Saal VII):
Vertrauensmänner-Sitzung.
Tages-Ordnung: 1. Die Situation in unserm Beruf. 2. Gewerkschaftliches.
Die Vorkommnisse der letzten Zeit erfordern ernste Maßnahmen unsererseits und liegt es daher im Interesse aller Kollegen, daß jeder Bau vertreten ist. — Um den Kollegen Gelegenheit zu geben, an den von der Partei einberufenen Protestversammlungen teilnehmen zu können, wird die Sitzung präcise 6 Uhr eröffnet, und **ersuchen wir die Vertrauensmänner, pünktlich zu erscheinen.** 206/1
Der Vorstand der Filiale Berlin des Centralverbandes der Töpfer.

An alle im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter!

Da in letzter Zeit vielfach unsren Kollegen zugemutet worden ist, das Spannen und Nauen von Rabitzwänden in Accord zu übernehmen, es leider auch einzelne dieser Kollegen giebt, die genannte Arbeiten in Accord ausführen, so hat am Sonntag, den 7. d. M., eine Versammlung der Rabitzspanner stattgefunden, die den Beschluß gefaßt hat, überall da, wo in Accord gearbeitet wird, die Forderung auf Lohnarbeit zu stellen. Es sind uns jedoch bis heute nur sehr wenig Meldungen zugegangen, wo wegen dieses Beschlusses Differenzen vorgekommen sind, und fordern wir deshalb alle Kollegen, sowie die Maurer, Bauarbeiter usw., die auf Bauten arbeiten, wo Rabitzarbeiten ausgeführt werden, auf, Erkundigungen einzuziehen, ob solche in Accord ausgeführt werden oder nicht. Trifft ersteres zu, so bitten wir, uns umgehend durch Postkarte hiervon Mitteilung zu machen, damit wir dem gefaßten Beschluß Rechnung tragen und geregelte Zustände herbeiführen können.

Der Vorstand der Rabitzputzer.
J. A.: **Karl Nicke,** Stalitzerstr. 52. 252/11

Möbel Bartsch.

Wem wäre die Möbelfabrik für bürgerliche Wohnungseinrichtungen **Rudolf Bartsch,** **Oranienstrasse 73,** 4983* Platz, nicht bekannt? Grösste Auswahl in meinem extra dazu erbauten, 4 Etagen hohen Fabrikgebäude. Empfehlenswerte Einkaufsquelle für **Brautleute.** Solide und gediegene Einrichtungen für **200–300–400–500 bis 10 000 Mark** stets zur Ansicht vorrätig. Verlangen Sie meinen **Prachtkatalog** gratis und franco. Coulante Zahlungsbedingungen. **Kein Ladengeschäft.** Verkauf direkt im Fabrikgebäude. Lagerbesichtigung erbeten ohne Kaufzwang. Lieferung frei Haus durch eigne Gespanne. Gegr. 1889.

Sauerstoffwasser

übertrifft jede Art der natürlichen und künstlichen Mineralwässer an Geschmack.

Sauerstoffwasser

ist nicht nur ein sehr feines Tafelwasser, sondern auch medicinisch als eines der besten Heilwasser anerkannt.

Sauerstoffwasser

wird bei Krankheiten auch ärztlich verordnet. Im Krankheitsfalle befrage man den Arzt. [5049L*

Sauerstoffwasser

liefern wir **30 Flaschen** infolge unsres Grossbetriebes zu dem **billigen Preise** von **3 Mk. frei Haus exkl. Flasche**, welche mit **10 Pf.** berechnet und zurückgenommen wird.
In unsren **300 Niederlagen** ist dieses **Sauerstoffwasser** auch in einzelnen Flaschen **a 10 Pf.** zu haben.

Hermann Meyer & Co.

Fernsp. III, 3524. Berlin, Wattstr. 11-12.

Bier-Abteilung.

30 Flaschen **Lagerbier**, I. Qualität, a 8 Pf. . **2,40 Mk.**
30 Flaschen **Berliner Münchener** a 9 Pf. . **2,70** „
30 Flaschen **Berliner Pilsener** a 9 Pf. . **2,70** „
30 Flaschen **Prima Weissbier** a 7 Pf. . **2,10** „
exkl. Flasche, welche mit 10 Pf. berechnet und zurückgenommen wird, liefern wir **frei Haus.**
In unsren **300 Niederlagen** sind auch einzelne Flaschen zu gleichem Preise erhältlich. 5050L*

Hermann Meyer & Co.

Fernspr. III. 3524. **Berlin, Wattstr. 11-12.** Fernspr. III. 3524.

Selterswasser

30 grosse Flaschen 1,50 Mk.

Brauselimonaden

Himbeer-, Citronen-, Waldmeister-, a 10 Pf. exkl. Glas, **nur aus destillierten, frischen Früchten** bereitet, **30** Flaschen **frei Haus . . . . . 3,— Mk.**

Fruchtsäfte

Himbeer-, Citronen-, Kirsch-, Erdbeer-, Johannisbeersaft, in feinster Raffinade eingekocht, **a Ltrfl. . . . . 1,30 Mk.**

Citronensaft zur Kur

aus **frischer Frucht a Fl. 1,50, 1,00 u. 0,55 Mk. exkl. Flasche,** welche mit **10 Pf.** berechnet und zurückgenommen wird. Lieferung **frei Haus.**

In unsren **300 Niederlagen** sind einzelne Flaschen zu gleichem Preise erhältlich. 5051L*

Hermann Meyer & Co.

Fernspr. III, 3524. Berlin, Wattstr. 11/12.

Altes Schützenhaus,

Linien-Strasse 5
empfiehlt seine Säle. 18795
Sonnabende im November 2c. frei.

Dr. Simmel, Prinzenstr. 41.
Specialarzt für 35/10*
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Neu eröffnet!

Bade-Anstalt
für Kräuter-Bäder.
Köpnickerstr. 176, zwischen Eisenbahn- und Zeughofstraße.
19365 **F. Leipski.**

Möbel

erstklassiger Qualitäten **Cassa** und **coulante Ratenzahlung.**
Vereinigte Berliner Möbeltischler
Mosevius & Zimmermann, Alexanderstr. **42**
Hof, Fabrikgebäude, kein Lad.

Achtung! Gebr. Cranz' Festsäle Achtung!

Neu! Köslinerstr. 8. Neu!

Wir machen den geehrten Vereinen und Gewerkschaften hiermit bekannt, daß wir oben genanntes Etablissement nach glänzender Renovierung anfangs Oktober eröffnen werden. Dasselbe ist modern und mit allem Komfort, der Neuzeit entsprechend, eingerichtet.

Gleichzeitig empfehlen wir den geehrten Vereinen und Gewerkschaften unsern **grossen Festsaal mit neuer Theaterbühne,** 1200 Personen fassend, zu **allen Festlichkeiten** und **Versammlungen** und sind noch **Sonnabends im Oktober, November, Dezember, Januar, Februar** und **März** frei.

Anmeldungen werden schon jetzt im „Victoria-Garten", Badstraße 12, angenommen. 49369*

Hochachtungsvoll **O. Cranz.**

M. Cohns Festsäle,

Beuth-Strasse 20. 48498*

Einige **Sonnabende** und **Sonntage** für die bevorstehende Saison noch zu vergeben. **Moritz Cohn.**

Bekanntmachung.

Dem Zuge der Zeit folgend und dem vielfach ausgesprochenen Wunsche unserer, nach vielen hunderttausenden zählenden Kunden Rechnung tragend, haben wir **unsere Geschäftsräume** in den Häusern Oranienstr. 40/41 wiederum **erheblich vergrößert** und in jener **modernen** Form ausgestattet, wie solche für ein Bekleidungs-Institut von **unserem Range** und **unserer Bedeutung** unerläßlich ist.

Wir haben die bisherigen **niedrigen Preise** infolge sehr großer Abschlüsse mit den für uns liefernden Tuch-Fabriken **bedeutend herabgesetzt.** Außerdem findet unsere verehrliche Kundschaft von jetzt an den **Preis auf jedem zum Verkauf gestellten Gegenstand deutlich aufgedruckt.** Unsere Preise sind von nun an **streng fest,** aber so **billig,** daß sie wohl nicht übertroffen werden können, umsomehr, als wir ja infolge unserer Produktion, der Haltbarkeit und Auswahl der Stoffe, des vorzüglichen Sitzes unserer Fabrikate von jeher eine Ausnahme-Stellung in der deutschen Herren-Bekleidungsindustrie eingenommen haben.

Unsere verehrliche Kundschaft wolle gütigst Gelegenheit nehmen, sich von diesen angeführten Thatsachen zu überzeugen. Man wird dies am besten dadurch thun können, daß man bei einer **Besichtigung** unseres Etablissements, **wobei ein Kaufzwang nicht existiert,** die früher gezahlten mit den jetzigen festen Preisen vergleicht.

Unsere im Jahre 1887 begründete Firma führt: 50223*

Herren- und Knaben-Bekleidung

im größten Maßstabe, für jede Figur, gleichviel, ob **normal** oder **anormal,** stets am Lager. Ebenso wird

Maassbekleidung

unter Leitung **erster Kräfte,** unter **Garantie des tadellosen Sitzes** zu **unbedeutend erhöhten Preisen** in kürzester Zeit angefertigt.

So sind wir stets in der Lage, durch unsere **modernen technischen Hilfsmittel,** wie auch durch den **fortwährenden Eingang von Neuheiten,** der bei unserem Riesen-Umsatz ganz selbstverständlich ist, den an uns gestellten Ansprüchen des verehrlichen Publikums voll und ganz gerecht zu werden.

Wir bitten das kaufende Publikum, uns bei Bedarf zu beehren, um sich so zu überzeugen, daß wir nicht mehr versprechen, als wir halten können.

Hochachtungsvoll **Deutsche Compagnie Heitinger & Co.,** **Herren- und Knaben-Bekleidung, Oranienstr. 40/41, gegründet 1887.**

NB. Zur **bevorstehenden Einsegnung** sei ganz besonders auf unsere **reichhaltige Ausstellung** in **Konfirmanden-Anzügen** aus Kammgarn, Tuch oder Cheviot, sehr **vornehm verarbeitet,** zu Preisen von **9,50, 12,50, 15, 18 u. 20 Mk.** hingewiesen.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Ostbahnvorort. Quadratrute 15 Mark an gepflasterter Straße verkauft Hausverwaltung Brunnenstraße 151. 19025*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Diesjährige elegante Herren-Anzüge und Paletots aus den modernsten Stoffen in guter Verarbeitung und Zutaten von 18 bis 45 Mark. Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstraße 141, Ecke Fruchtstraße. [12688*

Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9—12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 12838*

Herrenanzüge, Paletots, elegante Ausführung, geringe Teilzahlung. Kurzberg, Landsbergerstraße 13. 12150*

Reste spottbillig. Tuchlager Rohrstraße 2. 17755*

Zwei Mark Vierteldutzend Damenhemden, Herrenhemden 3,00. Ausstattungen sowie eleganteste Reisemuster spottbillig. Wäschefabrik Adolf Salomonsky, Stadtbahn 21, Nähe Polizeipräsidium. 73/14

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Hutfabrik, Comptoir Kaiserstraße 25A, früher Barnimstraße 4 und 6. Sonntags geöffnet. 11792*

Maurerfilz vorrätig Hutgeschäft Potsdamerstraße 61. 12490*

Steppdecken spottbillig. Fabrik Weinstraße 20. 17015*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 119/5*

Teppiche mit Fardenschiern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Kanarienroller 4,00, Neanderstraße 7. 37/3

Eine gute Schuhmacher-Maschine ist wegen Bezugs billig zu verkaufen. Döring, Elisabeth-Ufer 50. 19408

Schankgeschäft, gutgehendes, 2/3 Bayrisch, 1/3 Weißbier. Zu erfragen bei Dolz, Kielerstraße 23. 15758

Nähmaschinen ohne Anzahlung. Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpnickerstraße 60/61, Landsbergerstraße 82. †91*

Nußbaummöbel beim Auktionator Otto Lidcke, Möckernstraße 25 (Bahnspeicher am Anhalter Bahnhof), stehen zum spottbilligen Verkauf: große Gallen kleinere und größere Prachtteppiche, gediegene neue, auch ganz wenig gebrauchte Einrichtungen, Paneelsofas, Salongarnituren, Säulentrumeaux, Salonbilder, Nußbaum-Büffett, Schreibtische, Salonkronen, Bücherschränke, Ruhebetten, Tüllgardinen, Spachtelstores, Steppdecken, Portieren, Plüschtischdecken, verschiedene Gelegenheitskäufe, unentgeltliche Lagerung. 12878*

Violinspieler. Musiker, Achtung! Bitte überzeugen Sie sich sofort von der großartigen Haltbarkeit meiner E-Saiten. Gegen Einsendung von 50 Pfennigen versende einige Stücke franco zur Probe. Wilhelm Karl, Schweinfurt (Bayern). 19178*

Verfallene Pfänder! Zur Einsegnung goldene Uhren, Ringe und andre Goldsachen, Ketten jeder Art, sauber und schön, werden spottbillig verkauft. Altes Gold und Silber wird gekauft und in Zahlung genommen in der Pfandleihe Prinzenstraße 28, I, Ecke Ritterstraße. 19356*

Ringschiff-Nähmaschine sehr billig Brandenburgstraße 53, I links. 19386

Polierlappen, saubere, Pfund 40 Pf., verkauft Haubuch-Verleih-Institut Rosenthal, Spandauerstraße 47/48. Fernsprecher I 3614. *

Einsegnungs-Anzüge, neueste Façons, in blau und schwarz Kammgarn und Cheviot. Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstraße 141, Ecke Fruchtstraße. 12705*

Restauration, gutes Geschäft mit Vereinen, Miethe 1000 Mark, verkäuflich. Gothenstraße 4, Bahnhof Schöneberg. 19076

Junger Mann verkauft Stuben- und Küchengarnitur, Bertika, Kleiderspind und Säulenspiegel (geschliffenes Glas) Bergstraße 2, I rechts. 19739

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Spiegel, Bilder, Regulatoren spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. *

Ringschiffchen, billig, Neanderstraße 7, Konopka. 37/2

Nähmaschinen, ohne Anzahlung, 6 Mark Vergütung, Postkarte. Breithaupt, Amalienstraße 4. 19566

Möbel, mehrere Zimmer, Paneelsofa 50,00, großer Spiegel, neue Rohrstühle 3,00, Schränke, Bettstellen, Nußbaumbüffett, Oelgemälde, Teppiche, Kücheneinrichtung spottbillig Gartenstraße 148 I, Vorderhaus. †139*

Sofas, neue und gebrauchte, am allerbilligsten. Heinzel, Kleine Alexanderstraße 3. 120/1

Dame verkauft Garnitur, wie neu, Paneelsofa, 2 Bettstellen umständehalber sofort. Elisabethstraße 52, parterre II. 73/13

Militärhalber Halbrenner 50,00. Thiel, Michaelkirchplatz 8. 19749

Kanarienhähne verkauft Schön, Petersburgerstraße 2. 19775

Metallbetten, zwei neue, eisenbeinemailliert, starke amerikanische Form, inklusive Indiafaser-Matratzen, Keilkissen, Fußrollen, umständehalber 115,00 verkäuflich. Erfragen Wanser, Möckernstraße 6. 18545*

Eine oder zwei französische Bettstellen, Tisch und etliche Küchensachen sind zu verkaufen. Offerten „1000" Postamt 53. 19606

Vermischte Anzeigen.

Rechtsbureau Fabisch, Andreasstraße dreiundsechzig. Rechtshilfe, Eingabengesuche, Ratertellung. [19306

Unfallsachen. Klagen, Eingaben, Reklamationen. **Putzger,** Steglitzerstraße 65. 16645*

Klageanträge, Strafsachen, Schadensachen, Gesuchschreiben billigst (Fahrgeld vergütet) Hoppe, Lindenstraße 117, Nähe Friedrichstraße. 18645

Rechtsbureau, Teltowerstraße 45, Eingaben, Gesuche, Ratertellung. Unbemittelten unentgeltlich. 11858*

Vivisektion! Wer sich über diese ruchloseste Grausamkeit unsrer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Vivisektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Tierschutzverein, Königgrätzerstraße 108. Um gütigen Nachdruck wird gebeten. 161b*

Zahnersatz-Klinik für Unbemittelte, Leiter: Willy Reinhard, täglich geöffnet 8—9, 12—1, 7—8 abends, Sonntags 8—9 Uhr vormittags. Zähne 1,00, Plomben 0,75, Umarbeitung, Reparaturen pro Zahn 1,00, Zahnziehen elektrisch 0,50. Behandlung kostenlos. Eingang nur Wasserthorstraße 56 II.

Kunststopferei von Frau Kokosky, Steinmetzstraße 48, Quergebäude hochparterre. *

Fahrradankauf. Nagiaß, Schönhauser Allee 163a. 120/10*

Saal. Vereinsräume zu Versammlungen und Sitzungen noch frei Inselstraße 10. Jannasch. 12598*

Vereinszimmer mit Klavier, 50 Personen fassend, ist noch einige Tage frei, auch zu Privatfestlichkeiten, R. Haeger, Kolonistraße 36. R.

Vereinszimmer, großes, frei. Simeonstraße 23, Flick. 12108*

Vereinszimmer für 50 Personen noch einige Tage frei. A. Lieschper, Swinemünderstraße 97. 15308*

Zeugen gesucht. Wer gesehen hat, wie am 29. Juli Pankstraße, Ecke Badstraße, ein Radfahrer im Maureranzug eine Frau mit einem Kinderwagen angefahren hat, wird gebeten, sich zu melden Pankstraße 45, hinter Seitenflügel 2 Treppen, bei Perl. 10648

Rechtsbureau, Prozeßbeistand, Eingabengesuche, Ratertellung. Falk, Brunnenstraße vierzig. 19795

Unfallsachen. Huth, Steglitzerstraße 87. 19788*

Rechtsbureau Huth, Steglitzerstraße 87. 19755*

Vermietungen.

Wohnungen.

Franz.-Buchholz, Pankowerstraße, Quast, Bahnhof Pankow-Heinersdorf, 2—3 Zimmer, Küche, Balkon, Gas, Wasserleitung, 255 an. 19395

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle vermietet sofort für 1 oder 2 Herren Frau Jacobey, Kolbergerstraße 26, vorn III.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Buchdrucker-Invalide, 35, schriftgewandt, guter Rechner, sucht Beschäftigung bei bescheidenen Ansprüchen. Walter, Fischerbrücke 12.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Mulackstraße 27, R. Gläser. *

Stellenangebote.

Fußbodenleger für fugenlose Fußböden bei dauernder Beschäftigung gesucht. Torgamentwerke G. m. b. H., Berlin NW., Zinzendorfstraße 9.

Lehrling verlangt Klempnerei, Stralauerstraße 12. 12958*

Farbigmacher verlangt Weißensee, König-Chaussee 47b. †111

Lehrling zur Schriftmalerei verlangt Kindleben, Köpnickerstraße 98. 19715

Schriftmaler verlangt Kindleben, Köpnickerstraße 98. 19715

Tüchtigen Rahmentischler verlangt Rahmenfabrik, Bergstraße 40.

Jungen Glasergesellen, perfekt im Bilderrahmen, verlangt Rahmenfabrik, Bergstraße 40. 19695

Marmor-Schleifer verlangt Hepp, Urbanstraße 34. 19786

Karton-Arbeiterinnen verlangt Schwandt, Neue Jakobstraße 6. [19525

Arbeiterinnen an der Ecken-Heftmaschine bei gutem Lohn verlangt Stein, Kartonfabrik, Neue Königstraße 30. 12965*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

Stilmöbeltischler,
flicht. Kraft, zur Uebernahme einer Werkstatt, nur für erste Firm. arbt., von kaufm. Intl. ges. Nötig ca. 5000 M. Gute sichere Existenz. Offerten K. 226 Postamt 13. 19615

Achtung! Holzarbeiter!

Gesperrt sind folgende Werkstätten für Tischler, Einsetzer, Maschinenarbeiter und Polierer:
A. Schulz, Krautstr. 18/19.
Emmeluth, Dieffenbachstr. 38.
Kimbel u. Friedrichsen, Yorkstr. 43.
Kimbel u. Friedrichsen, Yorkstr. 59.
Ferdinand Wolf, Waldemarstr. 27 und Bethanien-Ufer 6.
Lux u. Engbrecht, Görlitzer-Ufer.
Golz u. Brentmann, Holzmarktstr. 11.
Hülsebeck, Kroll u. Co., Warschauerstraße.

Die Ortsverwaltung.

Achtung, Klavierarbeiter!

Die Pianofabrik von **Ernst Koch & Co., Greifswalderstraße 155/156,** ist wegen Lohndifferenzen bis auf weiteres gesperrt. 88/3 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Tischler!

Folgende Werkstätten sind gesperrt:
Hülsenbeck, Kroll u. Co., Warschauerstraße.
Lux u. Engbrecht, Görlitzer Ufer.
Wolf, Waldemarstr. 27 u. Bethanien-Ufer 6.
Golz u. Brentmann, Holzmarktstraße 11. 188/12*
Alb. Schulz, Krautstr. 18/19.
Der Fachverein der Tischler.

Achtung! Achtung!

Bilderrahmentischler!

Bei **Wehner, Stallschreiberstraße 58,** sind die Kollegen in den Streik getreten. **Zuzug fernhalten!**

Achtung! Töpfer!

Wegen Umgehung des Arbeits-Nachweises sind folgende Firmen gesperrt: **Gebauer, Jahnke, Schlaffke, Haff, Arnold** (Fürstenwalderstr. 10), **Henckel** (Klopstockstr. 24), **Karlitke** (Bau Wilmersdorf, Wilhelmsaue).

Wegen Maßregelung die Firmen **Meitzer u. Jakob** und **Streck,** Charlottenburg, Friedbergstr. 19.

Der Vorstand der Filiale Berlin des Central-Verbandes der Töpfer.

Verantwortlicher Redacteur: **Carl Leid** in Berlin Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.